

JAHRESBERICHT 2025



ENERGIEPREISE SENKEN



REGULIERUNG REDUZIEREN



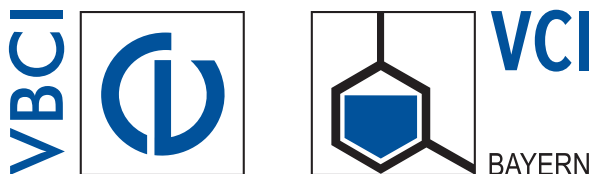
STEUERN SENKEN



SOZIALSYSTEME SICHERN



BILDUNG U. INNOVATION STÄRKEN



Die Bayerischen Chemieverbände

JAHRESBERICHT 2024/ 2025

Verein der Bayerischen Chemischen Industrie e.V.
VBCI

Verband der Chemischen Industrie e.V.,
Landesverband Bayern
VCI-LV Bayern

Inhalt

Vorwort Dr. Christian Hartel, Vorsitzender des Vorstands	4
Vorwort Dr. Markus Born, Hauptgeschäftsführer und Vorstand	8
5 Prioritäten für den Standort	12
Aus der Arbeit des VBCI	32
Aus der Arbeit des VCI-LV Bayern	40
Übersichtsgrafik Gremien, Arbeitskreise, Expertenkreise, Expertendialoge.	48
Gremienmitglieder	50
Wirtschaftliche Lage und Statistiken.	52
Team der Bayerischen Chemieverbände.	58

Hinweis:

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich grundsätzlich sowohl auf die weibliche als auch auf die männliche Form. Zur besseren Lesbarkeit wurde meist auf die zusätzliche Bezeichnung in weiblicher Form verzichtet. Alle Geschlechter mögen sich bitte gleichermaßen angesprochen fühlen!



**Sehr geehrte
Damen und Herren,**

Sie kennen vielleicht den Ausspruch: „Never let a good crisis go to waste“. Darin steckt die Erkenntnis, dass in jeder Krise eine Chance steckt. Krisen schaffen ein Umfeld und ein Momentum für Veränderung, idealerweise für Innovation und Verbesserung. Ich möchte damit Krisensituationen nicht schönreden. Aber gerade wir am Wirtschaftsstandort Deutschland sollten uns das obengenannte Zitat dringend zu Herzen nehmen. Warum?

An Krisen mangelt es uns derzeit nicht. Wir sind seit über 5 Jahren fast in Dauerschleife im Krisenmodus. Erst die Corona-Pandemie mit globalen Verwerfungen bei den Lieferketten, dann der Krieg in der Ukraine, die Energiekrise und weitere geopolitische Spannungen – und nun auch noch ein handelspolitischer Ausnahmezustand mit globalen Dimensionen. Es sind turbulente, ja besorgniserregende Zeiten. Wo einst Gewissheiten waren, herrscht heute viel Unsicherheit. Vor diesem Hintergrund befindet sich Deutschland seit zwei Jahren in der Stagnation. Es droht ein weiteres Jahr an Nullwachstum, vielleicht sogar eine Rezession.

**»DIE DEUTSCHE CHEMIEPRODUKTION LIEGT MITTLERWEILE AUF
DEM NIVEAU DER 1990ER JAHRE.«**

Das trifft auch unsere Branche hart. Hatten wir für 2023 zweistellige Produktions- und Umsatzrückgänge in der Chemie zu verkraften, war auch 2024 ein Jahr zum Vergessen. Die Wirtschaftsdaten zeigen ein Verharren auf historisch schlechtem Niveau. Die beschriebene Unsicherheit macht für 2025 leider ebenfalls wenig Hoffnung. Mit Ausnahme der Pandemiezeit liegen wir mit der derzeitigen Chemieproduktion mittlerweile auf dem Niveau der 1990er Jahre. Das ist eine schlechte Nachricht für die gesamte deutsche Wirtschaft. Die Chemie ist schließlich das Herz unserer Industrie. Sie ist mit nahezu allen Wertschöpfungsketten verzahnt.

Vergleicht man die Situation hierzulande mit anderen Weltregionen, wird deutlich: Der Sinkflug der Chemie- und Pharmaproduktion der letzten Jahre ist vor allem in Deutschland zu beobachten. Auch gesamtwirtschaftlich gesehen konnten sich andere Regionen wie die USA und China besser behaupten. Deutschland, aber auch die EU insgesamt, stehen besonders unter Druck – und leisten sich das komplizierteste regulatorische Umfeld. Einmal mehr wird klar: Wir haben ein selbstverschuldetes Standortproblem.

» DER BLICK IN ANDERE WELTREGIONEN ZEIGT: WIR HABEN
UNSEREN STANDORT STRÄFLICH VERNACHLÄSSIGT.«

Die gute Nachricht: Selbst verursachte Probleme kann man meist auch selbst wieder korrigieren. Und genau hier sollte uns das eingangs erwähnte Zitat nun leiten. Wir sollten diese Standortkrise jetzt als Chance begreifen. Eine Chance, den Blick auf das Wesentliche zu richten. Eine Chance für echte Veränderung und für Verbesserung. Eine Chance für die Stärkung unseres Industriestandortes und unserer Resilienz.

» „NEVER LET A GOOD CRISIS GO TO WASTE“:
NUTZEN WIR DIE KRISE ALS CHANCE ZUR MODERNISIERUNG.«

Wie machen wir das?

Hier möchte ich kurz positiv festhalten, dass die politischen Akteure auf allen föderalen Ebenen durchaus erkannt haben, dass wir unsere Wettbewerbsfähigkeit stärken müssen.

Ob das auch in den Fachebenen der Generaldirektionen der EU-Kommission oder den Bundesministerien der Fall ist – da habe ich noch so meine Zweifel. Aber: Die politischen Überschriften lassen zumindest hoffen. Bei rund 50 neu geplanten Maßnahmen für das laufende Arbeitsprogramm 2025 der EU-Kommission – zusätzlich zu den weit mehr als 100 noch offenen Dossiers – und 144 Seiten Koalitionsvertrag auf Bundesebene muss aber die Frage erlaubt sein: Priorisieren wir genug?

Statt weiter an vielen kleinen Stellschrauben zu drehen, sollten wir uns auf das Umlegen weniger, dafür wichtiger Hebel konzentrieren. Seien wir ehrlich: Wie soll man einen strategischen Turnaround schaffen, wenn man sich die Vielzahl der Maßnahmen gar nicht mehr merken kann?

Und damit zurück zur Frage: Wie machen wir das? Wie nutzen wir die Krise als Chance zur Modernisierung?

Indem wir uns auf wesentliche Maßnahmen fokussieren.

Wir sehen hier **fünf Hebel**, die **Priorität** haben:

- Ein **wettbewerbsfähiger Strompreis** für energieintensive Wertschöpfung von ca. 4ct/kWh (inklusive Nebenkosten) ist DER Schlüssel für Wohlstand und erfolgreiche Transformation.
- Wir brauchen ein neues Mindset bei der Rechtsetzung: **Bürokratie** ist **grundsätzlich** zu **vermeiden** und nicht praktikable Regelungen sind konsequent zu streichen.
- Um im Wettbewerb um Investitionen zu bestehen, braucht es die **Absenkung der Unternehmenssteuern** auf maximal 25% – besser heute als morgen.
- Die Demografie kann man nicht ignorieren: Die **sozialen Sicherungssysteme müssen** zukunftsfähig **reformiert werden**.
- Die Stärkung der Innovationskraft muss in den Vordergrund rücken – dafür ist vor allem **MINT-Bildung als strategische Ressource** zu verstehen.

»DIE POLITIK VERZETTET SICH IMMER NOCH IM KLEIN-KLEIN – WIR MÜSSEN UNS JETZT AUF 5 PRIORITÄTEN KONZENTRIEREN.«

Ich bin fest davon überzeugt: Diese großen Linien, diese Orientierungspunkte sind wesentliche Schlüssel, um unseren Industriestandort wieder in die Erfolgsspur zu bringen. Eine erfolgreiche Wirtschaft ist wiederum die Basis für vieles Weitere – sei es ein funktionierender Sozialstaat, moderne Gesundheitsversorgung, hohe Bildungsstandards, Chancengerechtigkeit oder gesellschaftliche Teilhabe.

Und nochmal: Vielleicht kann gerade die aktuelle Krisenzeit der nötige Impuls sein, unseren Blick für das Wesentliche zu schärfen, eigene Versäumnisse zu erkennen und die Kraft für Veränderung aufzubringen.

In diesem Sinne haben wir uns im vorliegenden Jahresbericht ebenfalls fokussiert – und ihn vor allem diesen fünf Prioritäten gewidmet.

Damit möchten wir einmal mehr einen Beitrag zum wirtschaftspolitischen Diskurs leisten. Offen, ehrlich, konstruktiv – und in gewohnter Deutlichkeit. Wir freuen uns auf Ihr Feedback!

»DIE VERBANDSARBEIT LEISTET EINEN WICHTIGEN BEITRAG FÜR
DEN DISKURS IM RINGEN UM GUTE LÖSUNGEN.«

Das Ringen um gute Lösungen kann nur in einem vertrauensvollen Diskurs auf Augenhöhe gelingen. In der Zielsetzung sollte uns dabei eine Stärkung unserer Volkswirtschaft für unser aller Gemeinwohl leiten. In diesem Diskurs leistet die Verbandsarbeit einen wichtigen Beitrag. Das ist in diesen turbulenten Zeiten wichtiger denn je.

Deshalb möchte ich mich abschließend bei allen bedanken, die sich in unseren Verbänden engagieren, aber auch bei allen, die sich diesem Diskurs konstruktiv stellen – in Politik, Verwaltung sowie in vielen anderen Bereichen. Vielen Dank für Ihr Engagement. Bleiben Sie uns weiterhin gewogen!



Ihr Christian Hartel
Vorsitzender



Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

es lohnt sich, unseren Jahresbericht „durchzuarbeiten“!

Es lohnt sich sogar, unsere alten Jahresberichte wieder in die Hand zu nehmen.

Unsere derzeitige Krise ist eine Krise mit Ansage, eine in weiten Teilen hausgemachte und von uns selbst – gemeint sind Regierung bzw. Gesetzgeber – verursachte Krise. Ihre Ursachen haben wir schon die letzten zehn Jahre aufgeschrieben.

Vor zehn Jahren hätten wir natürlich nicht mit einer völligen Neuordnung der Kräfteverhältnisse und Handelsbeziehungen zwischen USA, China und dem Rest der Welt, nicht mit einem so deutlichen Rückschritt in der Freundschaft mit Amerika oder einer völlig anderen sicherheitspolitischen Lage gerechnet.

Aber die wirtschaftlichen Schwierigkeiten von heute waren absehbar. Und die Gründe sowie eine passende Gegenstrategie kann man in unseren alten Jahresberichten und diesem hier nachlesen.

» DIE WIRTSCHAFTLICHEN SCHWIERIGKEITEN VON HEUTE WAREN SCHON LANGE ABSEHBAR!«

Ähnlich wie Amerika haben wir uns zu lange nicht um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie und die Infrastruktur gekümmert. Das Wachstum war nicht toll, aber ok. Die Arbeitslosigkeit war erträglich. Wir waren weiterhin drittgrößte Volkswirtschaft der Welt. Kurz: Es war nicht alles schlecht. Wir hatten die gefühlte Kraft und Ausdauer, auch Maßnahmen wie Klimaschutz, Menschenrechte in anderen Ländern (Lieferkettengesetz), Atomausstieg, Kohleausstieg sowie Nachhaltigkeitsberichterstattung anzugehen, die ganz offensichtlich der Wettbewerbsfähigkeit deutlich geschadet haben.

Es ist ein Fehler, fast die gesamten Kosten der Energiewende bzw. die Kosten für CO₂-Emissionssenkungen auf die Strom- bzw. Energiepreise umzulegen. Dieser Fehler hat schon in den frühen 2000er Jahren seinen Anfang mit dem

EEG und seinen Vorformen genommen. Dazu kamen steigende CO₂-Preise aus der EU-Regulierung und eine staatlich verordnete Reduzierung der Strom-Gestehungskapazitäten für wetterunabhängige Kraftwerke (Atomausstieg, Kohleausstieg), ein halbwegs unkoordinierter Ausbau der Erneuerbaren, der als Nebenwirkung Subventionskosten (EEG-Umlage), Redispatchkosten, vor allem aber einen gewaltigen Netzausbaubedarf nach sich zog. Alles Kosten, die insbesondere die energieintensive Industrie zusätzlich tragen musste – und zwar ohne, dass damit ein Produkt irgendwie besser geworden wäre.

Vor über zehn Jahren hatten wir schon eindringlich gewarnt, dass in den energieintensiven Branchen die Reinvestitionsquote kleiner als Eins ist, dass also weniger investiert als abgeschrieben wird: Deindustrialisierung!

Wenn man jetzt noch beachtet, dass die energieintensive Industrie nicht irgendein ggf. verzichtbarer Teil der Industrie ist, sondern ein ganz integraler, dann wird klar, warum es kommen musste, wie es kam.

Entgegenlaufenden Darstellungen mancher Ökonomen, die in ihren Modellen die Logik der Wertschöpfungsketten wohl nicht hinterlegt haben, haben wir immer heftig widersprochen.

» FÜR DIE ENERGIEINTENSIVE INDUSTRIE BRAUCHEN WIR EINEN STROMPREIS VON ETWA 4CT/KWH (INKL. NEBENKOSTEN).«

Für eine hocheffiziente energieintensive Industrie braucht man auch nicht die weltweit niedrigsten Energiepreise. Etwa 4ct pro kWh, wie wir das in Deutschland vor einigen Jahren noch hatten, reichen aus. Das ist – bzw. wäre – mit einer vernünftigen Energiepolitik in Deutschland auch möglich. Es gibt keinen vernünftigen Grund, energieintensive Branchen aus Deutschland vertreiben zu wollen oder es auch nur hinzunehmen, dass sie gehen müssen. Viele andere Branchen und Sub-Branchen – auch der Chemie- und Pharmabranche – hängen daran. Der Wohlstand hängt daran.

Der zweite große Fehler war eine gewisse Abkehr von unserem Wirtschaftsmodell der Sozialen Marktwirtschaft, die eigentlich Rahmenbedingungen und Regeln setzt, aber eben nicht im Detail gängtelt. Deutschland und Europa hatten sich leider dazu entschieden, jedes politische Ziel gleich in mehreren Rechtsgebieten mit einer Vielzahl von Einzelregulierungen und in allerhöchs-

ter Detailtiefe umzusetzen. Man macht sich gar keine Vorstellung, an wie vielen und welchen Stellen z.B. CO₂-Emissionsminderung und Energieeffizienz für Unternehmen geregelt werden – zusätzlich zu den CO₂-Preisen. Der Gesetzgeber hat bei vielen Gesetzen den Erfüllungsaufwand regelmäßig weit unterschätzt und die Komplexität im Vollzug für Unternehmen und Vollzugsbehörden schrittweise ins Unerträgliche gesteigert.

»BÜROKRATIEABBAU FÄNGT BEI EINER KLAREN RECHTSETZUNG MIT GUT DURCHDACHTER FOLGENABSCHÄTZUNG AN.«

Bürokratieabbau fängt aber bei einer schlanken, klaren Rechtsetzung mit gut durchdachter Folgenabschätzung an. Und mit dem richtigen Mindset. Wenn sich z.B. Artenschutzgesetzgebung und Netzausbaubeschleunigungsgesetz erst auf Projektebene begegnen, dann hilft auch der beste Leitfaden nichts, selbst wenn er über viele hundert Seiten mit sehr viel Fachwissen alle Aspekte facettenreich beleuchtet. Zielkonflikte müssten vorab, also schon auf Gesetzesesebene, nicht erst in den Ausführungsverordnungen, enthedert und gelöst werden. Dafür wäre es hilfreich, wenn der Gesetzgeber auch mit den Praktikern in den Unternehmen und Vollzugsbehörden sprechen und die Folgen eines Gesetzes für alle politischen Ziele kennen würde. Aber gerade der europäische Gesetzgeber ignoriert regelmäßig sogar wichtigste Hinweise vollständig. So geschehen beim PFAS-Dossier. Das führt dazu, dass die gesetzlichen Vorgaben noch komplizierter werden, der Aufwand, rechtskonform zu agieren, enorm ansteigt und gleichzeitig die Resilienz, Handlungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit massiv leiden. Manchmal ist der Schaden an anderer Stelle größer als der gewünschte Nutzen. Zudem wird auch eine darauf aufbauende effiziente Gesetzgebung immer noch schwieriger bis unmöglich.

Schließlich haben wir Investitionen in Verkehrsinfrastruktur vernachlässigt, sind die Unternehmenssteuersenkungen anderer Länder nicht mitgegangen und haben Reformen z.B. bei der gesetzlichen Krankenversicherung, im Rentensystem oder der Pflegeversicherung verschlafen. Über die Zeit haben sich somit die Rahmenbedingungen für Unternehmen im internationalen Vergleich deutlich verschlechtert. Es ist höchste Zeit, sich darum zu kümmern, dass die deutsche Wirtschaft wettbewerbsfähiger wird.

Der Koalitionsvertrag macht Hoffnung, dass die neue Bundesregierung die Aufgabe verstanden und angenommen hat – zumindest bei den wirtschaftspolitischen Fragen. Bei den sozialpolitischen Themen gibt es noch „Luft nach oben“.

Bürokratieaufwuchs wie im „Tariftreuegesetz“ braucht niemand, auch wenn sich die Sozialpartner höhere Tarifbindung wünschen. Hierbei handelt es sich um einen Eingriff in die Tarifautonomie, da der Staat durch Gesetzgebung tarifliche Mindeststandards vorschreibt. Die Entgelttransparenzrichtlinie ist falsch – die Idee ist schon falsch. Und der Populismus um den Mindestlohn muss aufhören; dies gefährdet Arbeitsplätze, die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und passt nicht zur Tarifautonomie der Sozialpartner.

Die Chemie- und Pharmaindustrie ist der Möglichmacher der Industrie schlechthin. Es lohnt sich für alle, wenn ihre Rahmenbedingungen wieder besser werden. In diesem Jahresbericht versuchen wir – wie jedes Jahr – die aus unserer Sicht wichtigsten Maßnahmen herauszuarbeiten.

» UNSERE INDUSTRIE IST DER MÖGLICHMACHER SCHLECHTHIN. ES LOHNT SICH FÜR ALLE, WENN DIE RAHMENBEDINGUNGEN BESSER WERDEN.«

An dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich bei allen Mitgliedsunternehmen und ihren Vertretern in unseren Gremien und Ausschüssen bedanken. Ohne ihr Engagement könnten wir nicht so gut, so fachkundig und so schnell agieren. Mein Dank gilt auch allen Unterstützern in Politik, in Ministerien und Behörden. Und ich danke unserer großen und treuen Chemiefamilie – von den Chemielehrern aller Schularten, den Didaktikern, den Professoren und Universitäten, den Kollegen im Chemiecluster bis hin zu unseren Partnern und Dienstleistern für den Verbandsbetrieb. Ich danke den vielen Kollegen in den Schwester-, Mitglieds- und Dachverbänden sowie – last but not least – dem tollen Team im Verbandshaus.

Danke Ihnen allen!

Bitte lesen Sie unseren Jahresbericht und tragen Sie die Inhalte weiter!

Danke auch dafür!

Ihr



Dr. Markus Born
Hauptgeschäftsführer

5 Prioritäten

Den Standort
voranbringen
- mit klaren
Prioritäten!



ENERGIEPREISE SENKEN



REGULIERUNG REDUZIEREN



STEUERN SENKEN



SOZIALSYSTEME SICHERN



BILDUNG U. INNOVATION STÄRKEN

*Hin zu Hebel- statt
Stellschraubenpolitik*

Deutschland ist ein Industrieland.

Diese Feststellung mag im kollektiven Bewusstsein mittlerweile wenig Euphorie auslösen. Dennoch ist das unbestritten ein großes Glück. Unser Land kann nach den Schrecken des Zweiten Weltkriegs auf eine beispiellose wirtschaftliche Erfolgsstory zurückblicken. Weitsichtige Infrastruktur-entscheidungen – in Bayern u.a. die TAL-Pipeline zur Rohstoffversorgung und die Atomenergie für bezahlbare und sicher verfügbare Energie – haben eine Industrialisierung und eine Wohlstandsmehrung ausgelöst. Das macht Deutschland (und Bayern im Besonderen) bis heute zu einer der stärksten Wirtschaftsregionen. In diesem „Ökosystem“ konnten sich diversifizierte und eng verzahnte Industriestrukturen von Weltrang ausbilden: Automobil, Chemie & Pharma, Maschinenbau, Metall/Elektro, um nur einige zu nennen. Eine vitale Mischung aus jungen Unternehmen, familiengeführten Mittelständlern bis hin zum börsennotierten Großkonzern machen diesen vielfältigen Branchenmix aus. Ein Industrieökosystem, um das uns viele beneiden. Denn es ist nicht weniger als die Basis unseres Wohlstands, den wir alle genießen dürfen – mitsamt den Annehmlichkeiten eines Sozialstaates, um Grundbedürfnisse abzusichern, moderner Gesundheitsversorgung für alle, hohen Bildungsstandards, Chancen- und Leistungsgerechtigkeit und vielen Möglichkeiten für eine gesellschaftliche Teilhabe.

» WIR HABEN (NOCH) EIN INDUSTRIEÖKO-
SYSTEM, UM DAS UNS VIELE BENEIDEN.«

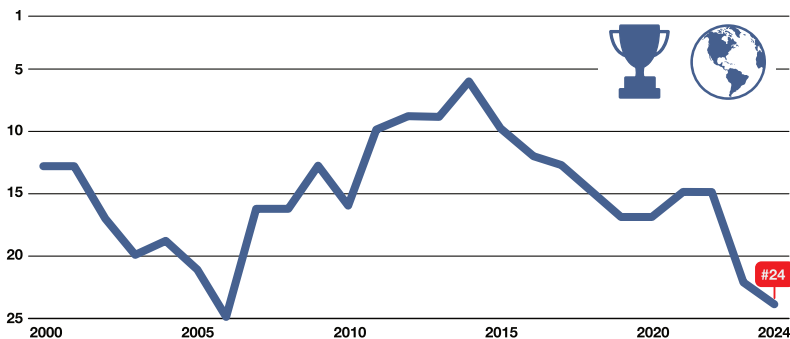
Aber: Es läuft nicht mehr.

Konnten wir – sicherlich auch als Erfolg der Agenda-2010-Reformbestrebungen – in den 2010er Jahren noch auf ein solides BIP-Wachstum zurückblicken, hat sich die Lage seit einigen Jahren deutlich verschlechtert. Die exogenen Schocks – Corona-Pandemie, Lieferkettenunterbrechungen, russischer Angriffskrieg in der Ukraine, Energiekrise und nun die handelspolitischen Turbulenzen durch die Trump-II-Administration mitsamt einer Neudefinition des Westens – trafen und treffen uns hart. Hinzu kommt eine weltweite Konjunkturfalte. Ein schwieriges Umfeld also, das für eine exportorientierte deutsche Industrie besonders schwer wiegt. Seit zwei Jahren verharret unsere Volkswirtschaft in der Stagnation. Und nun droht sogar eine Rezession.

Aber: Der Blick auf exogene Faktoren ist nur eine Seite der Medaille. Wir haben in den letzten 15 Jahren unseren Wirtschaftsstandort sträflich vernach-

lässigt. Siedert von stetig steigenden Steuereinnahmen und Mittelzuflüssen haben wir es versäumt, unsere Zukunftsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit in den Blick zu nehmen. Wir haben dabei ein gewaltiges strukturelles Standortdefizit angesammelt. Abzulesen ist dies u.a. am freien Fall in den Standortrankings; z.B. zeigt das IMD World Competitiveness Ranking einen Sinkflug von Platz 6 in 2014 auf Platz 24 in 2024 (im Vergleich: Im Jahr 2024 besetzt China Platz 14, die USA befinden sich auf Platz 12). Die derzeitige Wirtschaftskrise muss daher genutzt werden, um endlich unsere Wettbewerbsfähigkeit wieder in den Blick zu nehmen.

Deutschlands Rang im World Competitiveness Ranking



Basis: 67 Volkswirtschaften; in das Ranking fließen statistische Indikatoren (z.B. Wirtschaftsleistung), aber auch Wahrnehmungen von Führungskräften ein.
Quellen: IMD – International Institute for Management Development, statista

Wir haben uns im Neodirigismus verrannt.

Sicherlich sind die Gründe für die Standortschwäche vielschichtig und es gibt keine einfachen Erklärungen oder gar Schalter, die man nur umlegen müsste. Es geht auch nicht darum, mit dem Finger auf jemanden zu zeigen oder eine Generalabrechnung zu formulieren. Auf der Meta-Ebene sollten wir uns aber bewusst machen, dass eines unserer größten Hemmnisse durch die neodirigistische Regulierungsspirale verursacht wird, in die wir uns begeben haben. Am Beispiel des europäischen „Green Deal“ der Von-der-Leyen-Kommission I kann man das Problem veranschaulichen. Ausgehend von einer Zielsetzung für Klimaneutralität wurden rund 50 primäre Rechtsakte mit tausenden Seiten erarbeitet, die z.T. wiederum weitere Regulierungen in den Mitgliedstaaten auslösen – und weitere, etwa 900, noch ausstehende Umsetzungsrechtsakte fehlen sogar noch.

Ohne in die Details gehen zu müssen, wird daraus das Problem doch offenkundig. Im Klein-Klein werden Details festgelegt, was – wie, warum und wo – als nachhaltige Investition gilt, was Unternehmen dabei noch machen dürfen oder wie man ordnungsrechtlich Ökodesign verordnen kann, wie man ganze Chemikaliengruppen im Schnellverfahren aus dem Verkehr zieht (ohne die Wirkungen zu kennen) bis hin zu der Frage, wie Unternehmen Lieferketten monitoren sollen, damit europäische Moral- und Umweltstandards auch in Drittstaaten eingehalten werden.

» VERFANGEN IM REGULATORISCHEN PERPETUUM MOBILE – SCHLIMMER ALS ZUR GURKENVERORDNUNGSZEIT ENDE DER 1980ER JAHRE!«

Das Ganze wird dann mit Berichtspflichten versehen, damit man die Einhaltung und den Fortschritt überprüfen kann – und gegebenenfalls wieder nachregulieren kann. Ein regulatorisches Perpetuum Mobile, das ein Stück weit an die Übergriffigkeit der Gurkenverordnungszeit Ende der 1980er Jahre erinnert – nur noch schlimmer.



Klar ist: Das überfordert Behörden und Unternehmen gleichermaßen und sorgt auch bei Bürgern für Verdruss. Vor einem Jahr hatten wir dazu ausführlich dargelegt, dass wir uns eine Rückbesinnung auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft wünschen würden. Der Staat setzt den Rahmen und schafft Infrastruktur. Den Rest erledigt der Markt. Nur dort, wo er versagt, greift der Staat ein und schafft (sozialen) Ausgleich. Es gilt das Prinzip der Verantwortung für sich selbst und das Gemeinwohl.

» PRIORITÄTENSETZUNG UND HEBELPOLITIK – STATT STELLSCHRAUBEN DREHEN IM KLEIN-KLEIN.«

Wir müssen jetzt Prioritäten für den Standort setzen.

Mit Blick auf den aktuellen Krisencocktail und die gewaltigen Herausforderungen für unsere Volkswirtschaft möchten wir aber nicht nur auf der abstrakten Ebene der Wirtschaftsordnung argumentieren. Es muss jetzt zuvorderst um die Frage gehen, wie wir die Krise überwinden und am besten gestärkt daraus hervorgehen können. Und wir müssen auch anerkennen, dass zumindest die politische Ebene der EU-Kommission in Brüssel wie auch die neue Bundesregierung durchaus verstanden haben, dass die Wettbewerbsfähigkeit jetzt in den Fokus rücken muss. Bei rund 50 neu ge-

planten Maßnahmen für das laufende Arbeitsprogramm 2025 der EU-Kommission (zusätzlich zu den mehr als 100 noch offenen Dossiers) und 144 Seiten Koalitionsvertrag auf Bundesebene möchten wir aber dringend zur Prioritätensetzung aufrufen. Wir neigen dazu, uns inkrementell mit Stellschraubenpolitik entlang zu hangeln und im Klein-Klein ganz viele Rädchen zu drehen – zumeist auf der Suche nach der letzten Gerechtigkeit und, um keine relevanten Wählergruppen zu vergraulen. Das wird nicht mehr reichen. Wir müssen jetzt mutig Strukturreformen angehen. Statt kleine Stellschrauben zu drehen, müssen wir große Hebel bewegen. Statt 100 Maßnahmen braucht es jetzt vor allem wenige, dafür klare Prioritäten, an denen wir unser Handeln ausrichten:

1) It's the energy, stupid!

Die Formel ist relativ einfach: Energie = Wohlstand. Denn sie ist die Basis für industrielle Produktion. Energie wird in chemischen Prozessen dazu verwendet, Bindungen zu brechen und neu zu knüpfen. Sie geht damit nicht verloren, sondern wird in den chemischen Verbindungen gespeichert, die wiederum Ausgangspunkt für weitere Verarbeitungsschritte sind. So entstehen aus der Chemie heraus dann ganze Wertschöpfungsketten – von A wie Arzneimittel bis Z wie Zahntechnik. Und auch in anderen Prozessen der Grundstoffindustrie (Glas, Keramik, Stahl, Papier) wird Energie als Rohstoff benötigt. Der Bedarf an Energie für unsere moderne, immer komplexere High-Tech-Welt wird weiter steigen. Sowohl auf mikroskopischer als auch makroskopischer Ebene kann man im Sinne einer Faustformel sagen: Höhere Komplexität und Entwicklungsstadien brauchen mehr Energie. Ein plakatives Beispiel sind die steigenden Strommengen, die für die Rechenleistung von KI-Servern benötigt werden.

Positiv gesagt, kann man also nahezu jede technologische Herausforderung am Ende mit genügend Energie lösen. Das gilt auch für die Energiewende und die Klimaneutralität. Wenn man es schafft, erneuerbare Energien in ausreichender Menge verfügbar zu machen, dann ist eine klimaneutrale Welt möglich. Die Technologien dafür gibt es – und sie basieren übrigens maßgeblich auf Innovationen der Chemie.

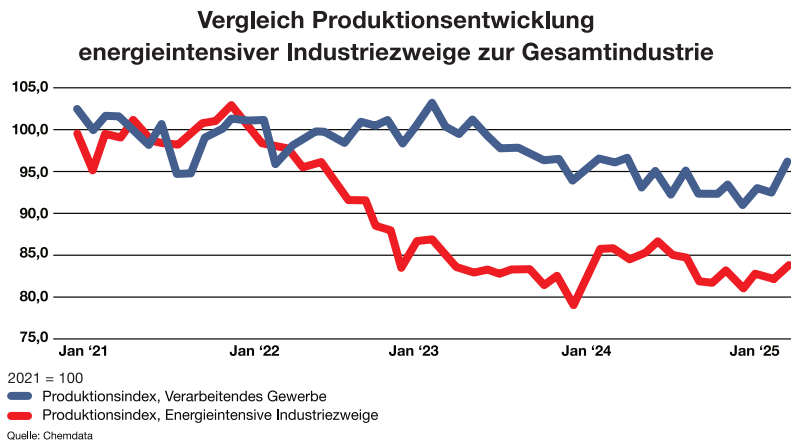


Vor diesem Hintergrund muss man das Dilemma der aktuellen Energiepolitik betrachten. Mit insgesamt dreistelligen Milliardenbeträgen an EEG-Förderung haben wir gewaltige Mengen an Kapazitäten von erneuerbaren Energien installiert. Soweit so gut. Leider haben wir den Ausbau der Netze zu lange schleifen

lassen und hinken hinterher. Auch Speicher fehlen. Wir haben also ein physikalisches Verteilungsproblem. Währenddessen haben wir Abschaltpläne umgesetzt (Atomenergie) bzw. vorskizziert (Kohleausstieg) und nehmen damit grundlastfähiges Energiedargebot aus dem Markt. Da wir in den Zeiten ohne Wind und Sonne die Versorgung trotzdem sicherstellen müssen, brauchen wir zusätzliche Back-up-Kapazitäten (Gaskraftwerke, H₂-ready). Hier setzt die Kraftwerkstrategie an. Und zudem braucht es dann auch eine Infrastruktur und Bezugsquellen für Wasserstoff sowie perspektivisch auch für CO₂.

» WIR HABEN DEN KOSTENDRUCK DER TRANSFORMATION IM STROMPREIS FOKUSSIERT.«

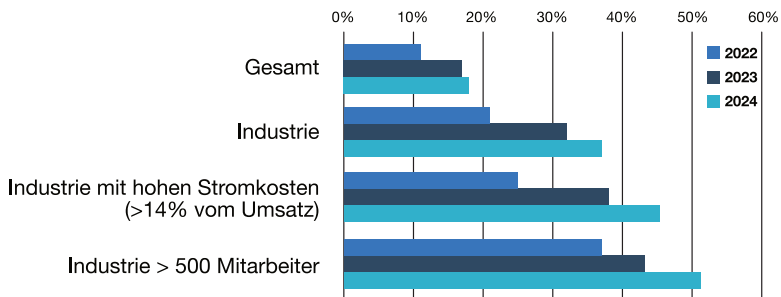
Das alles gibt es nicht zum Nulltarif – die Kosten explodieren und wir haben im internationalen Vergleich mitunter die höchsten Strompreise plus exorbitante Nebenkosten wie Netzentgelte. Dieser im Rückblick eher „wenig strategische“ Ansatz beim Umbau unseres Energiesystems hat am Ende also dazu geführt, dass für die gewünschte Transformation nahezu der gesamte Kostendruck auf die Stromversorgung fokussiert wurde.



Und hier beißt sich die Katze in den Schwanz. Wir erinnern uns: Energie – und in einer erneuerbaren Welt vor allem Strom – ist DER Wohlstandsgarant und technologische „Problemlöser“. Gerade den machen wir aber nun so teuer, dass sich die energieintensive Industrie als Basis wichtiger Wertschöpfungsketten im internationalen Wettbewerb nicht mehr halten

kann. Die Folge: Deindustrialisierung statt Transformation. Dabei ist es übrigens auch ein Irrglaube, dass man „chirurgisch“ einzelne energieintensive Prozesse herauslösen und woanders durchführen kann. Oder, dass diese Prozesse in anderen Weltregionen irgendwie klimafreundlicher sind.

Produktionseinschränkungen bzw. Abwanderung von Betrieben, in % der jeweiligen Unternehmensbranche



Anmerkung: So viele Unternehmen planen oder realisieren Einschränkungen der Produktion im Inland oder Verlagerungen ins Ausland als Reaktion auf Veränderungen in der Energiewirtschaft und -politik
Quelle: DIHK

Gerade in der Chemie bauen Prozesse oftmals aufeinander auf und sind eng verzahnt – es hängt alles zusammen. Ist der energieintensive Prozess nicht mehr wettbewerbsfähig, fallen auch andere daran gekoppelte Prozesse weg. Es drohen Kaskadeneffekte bis hin zu einer Wertschöpfungskettenverlagerung. Schafft man hingegen das Szenario eines planbaren, wettbewerbsfähigen Strompreises und sichere Stromverfügbarkeit, gewinnt man Wettbewerbsfähigkeit zurück und incentiviert zugleich gewünschte Investitionen zur Elektrifizierung.

» DER KOALITIONSVERTRAG LÄSST ENERGIEPOLITISCH HOFFEN – MASSNAHMEN MÜSSEN JETZT RASCH FOLGEN.«

Die im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD skizzierten Maßnahmen (Stromsteuersenkung, Senkung und Deckelung der Netzentgelte, Ausweitung der Strompreiskompensation, Industriestrompreis für bestimmte Unternehmen etc.) lassen hier hoffen. Am Ende ist auch nebensächlich, über welchen Weg das Ziel erreicht wird (ob durch ein Maßnahmenpaket oder die direkte Einführung eines Industriestrompreises). Es zählen messbare Erfolge – und das möglichst schnell, bevor die industrielle Basis weiter Schaden nimmt.

Dabei sind wir auch überzeugt, dass diese Investition in den Industriestandort am Ende ein Business Case für den Staat und die Gesellschaft insgesamt ist.

Erste Priorität politischen Handels muss ein wettbewerbsfähiger Strompreis für energieintensive Wertschöpfung von ca. 4 ct/kWh sein – all in, d.h. mitsamt aller Nebenkosten, wie Netzentgelte etc.

2) Bessere Rechtsetzung – Bürokratie verhindern, bevor sie entsteht!

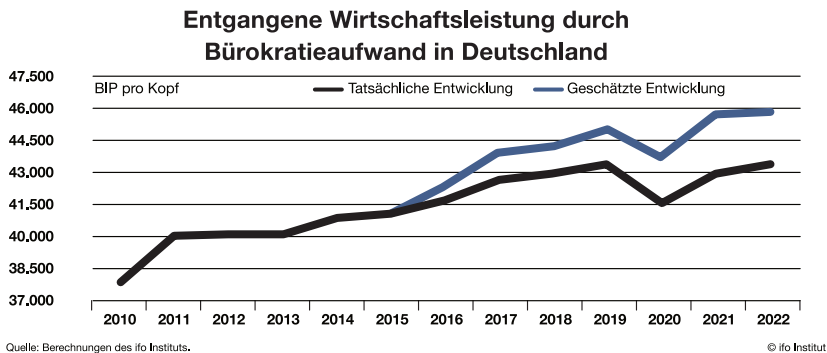
Kaum jemand kann es noch hören, geschweige denn, glaubt daran: Bürokratieabbau. Viele haben es versprochen und durchaus versucht – und sind gescheitert. Die Regelungsdichte wächst derweil weiter, Prozesse werden komplexer, Zuständigkeiten diffuser, Zielkonflikte haarsträubender und Behörden immer zahlreicher. Kommen dann gut gemeinte Erleichterungen doch zustande, versackt die Wirkung zumeist schon in der Bugwelle neuer Regulierung. Das Resultat: Wachsender Frust bei Unternehmen, Vollzugsbehörden und Bürgerinnen und Bürgern gleichermaßen.

» PARADEBEISPIEL IED-REVISION: ZIELKONFLIKTE, ÜBERZOGENE STANDARDS, REGELUNGSWUT & PLANUNGSUNSICHERHEIT.«

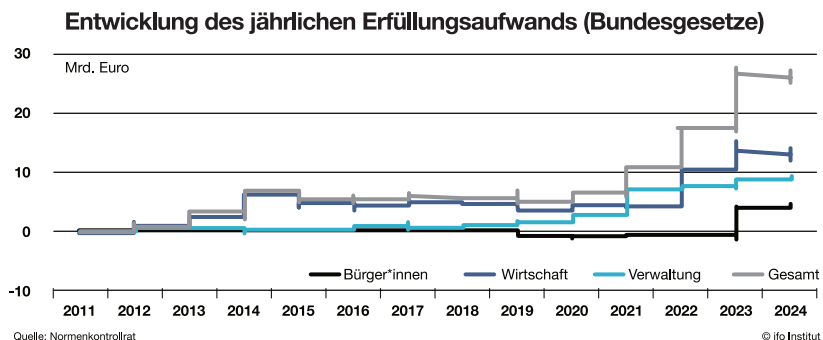
Als Beispiel kann man hier die geänderte EU-Industrieemissionsrichtlinie anführen – der EU-Rahmen für den Betrieb und die Genehmigung von Industrieanlagen. Hier findet man nahezu alles, was derzeit bei der Rechtsetzung falsch läuft.

- **Anlasslose Regelungswut:** Mühsam errungene inkrementelle Verbesserungen im deutschen Immissionsschutzrecht zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren werden durch neue Vorgaben weit überkompensiert. Einen konkreten Anlass gab es dafür nicht, Schadstoffemissionen der Industrie sind seit Jahren rückläufig.
- **Zielkonflikte:** Trotz hoher Ambition für die Transformation machen wir es Unternehmen bei Genehmigungsverfahren jetzt noch schwerer.
- **Überzogene Standards:** Die Einhaltung des Stands der Technik allein reicht nicht mehr aus: Grenzwerte müssen darin strengstmöglich festgelegt werden – eine systemische Verschärfung mit exorbitantem Aufwand und Bürokratielasten. Das wiederum schafft Zielkonflikte, z.B. mit dem Klimaschutz.
- **Planungssicherheit über Bord:** Die neue Grenzwertsystematik macht für den Normadressat die Grenzwertfindung zum Glücksspiel – trotzdem bleiben scharfe Umsetzungsfristen.

- **Regulierung ohne Wirkung:** Neue Vorgaben für anlagenbezogene Umweltmanagementsysteme machen viel Aufwand, haben aber keine Wirkung für die Umwelt.



Besonders interessant ist auch, wie man in unserer Bürokratiegesellschaft systemisch herangeht, um Zielkonflikte zu lösen. Man kann es erahnen: Mit noch mehr Regelungen. Ein besonders illustratives Beispiel ist der Entwurf der sogenannten „Eidechsen-Schiene-Verwaltungsvorschrift“. Die Idee: Standardisierung beim Artenschutz für Schienenbauprojekte. Was zunächst wie ein Beitrag zu mehr Verfahrenssicherheit anmutet, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als bürokratisches Monstrum: Über 50 Seiten mit Detailvorgaben zum Umgang mit Zaun- und Mauereidechsen bei Schienenbauprojekten. Nichts gegen Artenschutz. Aber in dieser Form ein Paradebeispiel für eine Regulierung, die Zielkonflikte nicht löst, dafür den Bürokratieaufwand aber weiter steigert. Denn die Konsequenzen sind: verzögerte Planungsverfahren, steigende Kosten und eine zunehmend blockierte Infrastrukturmodernisierung. Und eine Verwaltungsvorschrift mehr.



Die genannten Beispiele sind keine Einzelfälle. Ähnliche Fehlentwicklungen zeigen sich bei Themen wie Lieferkettengesetz, Nachhaltigkeitsberichterstattung, Entgelttransparenzrichtlinie, Fachkräftezuwanderung, Tariftreuegesetz, der Taxonomie, bei den geplanten Verschärfungen im EU-Chemikalienrecht, der erweiterten Herstellerverantwortung in der EU-Kommunalabwasserrichtlinie usw.



Sie stehen für ein zur Regel gewordenes Systemversagen in der Rechtsetzung. Auf Fachebene gibt es immer gute Gründe für neue Detailregelungen und irgendeine NGO setzt sich auch immer dafür ein. Doch oft fehlt der übergeordnete Blick: Welche Wirkung entfalten diese Regeln in der Praxis? Wer setzt sie um – und mit welchem Aufwand/Nutzen? Wie greifen sie in bestehende Verfahren ein? Welchem Zweck dienen sie? Oder ist die Regulierung schon lange zum Selbstzweck geworden? Die Folge ist ein immer dichteres Regelgeflecht, das unsere Gesellschaft lähmt – ob beim Bau, in der Industrie, bei Energie- und Digitalprojekten, oder beim Beitragsrecht und bei sozialen Leistungen.

» PRAXISFERNE RECHTSETZUNG IST MITTLERWEILE DER REGELFALL – WIR BRAUCHEN EIN NEUES MINDSET.«

Wir brauchen deshalb auch hier mehr als kosmetische Entlastungspakete. Was fehlt, ist ein grundlegender Wandel in der Herangehensweise an Regulierung. Bürokratie darf nicht nur nachträglich reduziert, sondern muss als politische Dienstleistung von Beginn an vermieden werden. Das heißt: Zielkonflikte erkennen, bewerten – und möglichst schon im Entstehungsprozess auflösen. Das heißt: Rechtsgebiete „sauber halten“ – und nicht versuchen, Regelungsinhalte sachfremd zu verorten wie z.B. Klimaschutz im Immissionsschutz oder Arbeitsschutz im Chemikalienrecht. Das heißt: Standards praxisnah definieren – nicht realitätsfern überziehen. Das heißt: Vertrauen in Eigenverantwortung stärken – statt Kontrollmechanismen immer weiter auszubauen. Das heißt: Regulierung nicht zum Selbstzweck werden lassen (wie z.B. bei der drohenden CLP-Einstufung von Ethanol ohne Nutzen für den Gesundheitsschutz) – kein Regulieren, nur, weil es die Prozesse dafür gibt, wenn der Zweck fehlt. Das heißt: kein Goldplating bei der Umsetzung von EU-Richtlinien. Und das heißt schlussendlich: praxisferne Regelungskonzepte auch konsequent und ersatzlos abschaffen (z.B. die Sustainable-Finance-Taxonomie) oder gar nicht erst einführen (wie z.B. die massiven Verschärfungen bei REACH). Die Grundhaltung: sollte sein: Nicht alles,

was regelbar ist, muss auch geregelt werden (siehe Gurkenkrümmung). Nicht jede politisch gefällige Überschrift (siehe „schadstofffreie Umwelt“ – aus naturwissenschaftlich-toxikologischer Sicht sinnbefreit) begründet Regulierung. Manchmal muss man Sinn und Zweck von vorne herein und ganz grundsätzlich hinterfragen.

Wir brauchen ein neues Mindset bei der Rechtsetzung, das Bürokratie von vornherein vermeidet, Zielkonflikte früh erkennt und bestehende, nicht praktikable Regelungen konsequent abbaut – sichtbar, nachvollziehbar und dauerhaft.

3) Steuern: Weniger ist mehr!

Steuerwettbewerb ist Standortwettbewerb. Und Deutschland steht hier leider im Vergleich zu anderen Volkswirtschaften nicht gut da. Bei der Höhe der Steuerbelastung für Unternehmen und Betriebe mit rund 30 % nehmen wir international eine Spitzenposition ein. Das gilt auch innerhalb der EU: Durch die hohe Steuerbelastung gegenüber dem EU-Durchschnitt müssen die Unternehmen hierzulande etwa 12 % mehr Umsatz machen, um die gleiche Rendite zu erzielen. Das macht einen fairen Standortwettbewerb fast unmöglich.

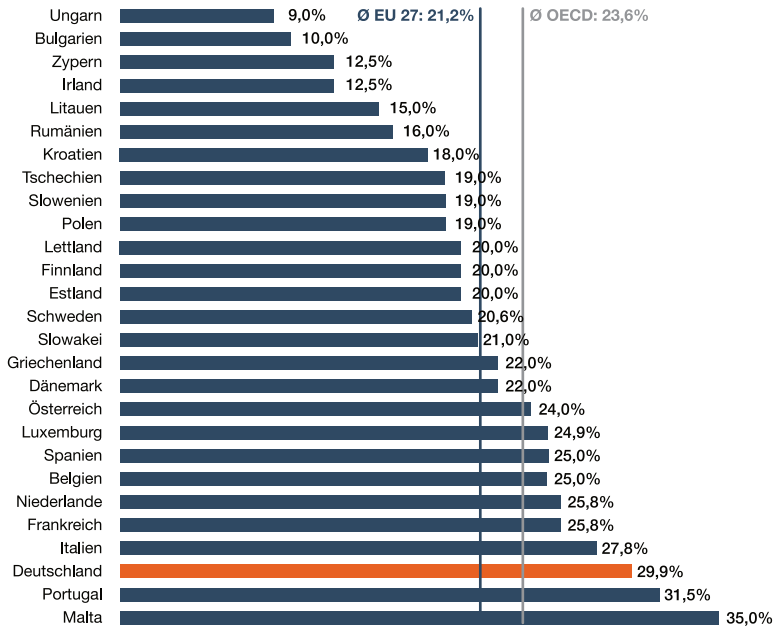
» MIT DEN AKTUELLEN STEUERSÄTZEN IST EIN FAIRER STANDORTWETTBEWERB NICHT MÖGLICH.«

Nach 17 Jahren Reformstillstand wurden im Koalitionsvertrag zwar endlich überfällige Reformschritte angekündigt, ein mutigerer Einstieg wäre aber wünschenswert gewesen. In die richtige Richtung zeigen die Verbesserung der Liquidität durch Turboabschreibungen, mehr Rechtsformneutralität und die Aussicht auf überfällige Absenkungen des nicht mehr wettbewerbsfähigen Steuerniveaus und der viel zu hohen Steuersätze. Jetzt muss aber auch geliefert werden.

Wichtig: Wenn auch vielleicht nicht kurzfristig – ein niedriger Steuersatz bedeutet nicht unbedingt niedrigere Steuereinnahmen für den Staat!

Für ein international wettbewerbsfähiges Niveau braucht es die Absenkung der Unternehmenssteuern auf maximal 25 % – und das besser heute als morgen.

Nominalsteuersätze von Kapitalgesellschaften 2023



Quelle: OECD, OECD Statistics, <https://stats.oecd.org/>; PwC, PwC Worldwide Tax Summaries, <https://taxsummaries.pwc.com>

4) Soziale Sicherungssysteme: Umfassende Strukturreform überfällig!

Das deutsche Sozialversicherungssystem gilt als ein Kernpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft – ein System, das Solidarität und Eigenverantwortung verbindet. Doch während dieses Modell jahrzehntelang Stabilität sicherte, geraten die fünf großen Sozialversicherungszweige – Renten-, Kranken-, Pflege-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung – immer weiter unter Reformdruck. Trotz ihrer grundsätzlichen Stabilität stehen diese Säulen vor wachsenden Herausforderungen – demografisch, wirtschaftlich und politisch. Was bedeutet das konkret?

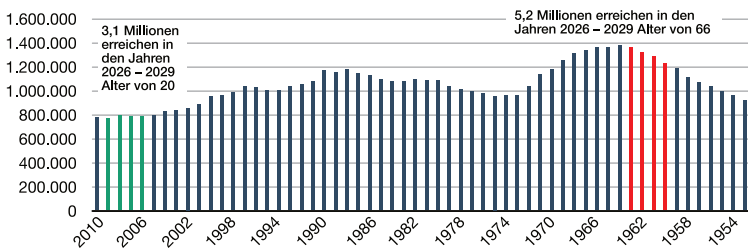
» DIE DEMOGRAFIE TRIFFT MIT VOLLER WUCHT AUF DIE
SOZIALVERSICHERUNGSSYSTEME.«

• Demografie und Rente: Wenn die Basis bröckelt

Die Statistik ist eindeutig: Bis 2035 geht rund ein Drittel der derzeit Er-

werbstätigen in Rente. Aktuell kommen etwa 100 Erwerbstätige auf 51 Rentner (also 2:1). In naher Zukunft – im Jahr 2030 – wird das Verhältnis der Rentner und Rentnerinnen zu Erwerbstätigen nahe bei eins zu zwei (1:2) liegen. Für die Rentenversicherung bedeutet das: Halb so viele Beitragszahler müssen für doppelt so viele Rentner aufkommen. Schon jetzt fließt ein wachsender Anteil des Bundeshaushalts in den sogenannten Bundeszuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung – Tendenz steigend.

Deutschlands Bevölkerung nach Geburtsjahr



Stand 31.12. 2023

Quelle: Hammermann, Andrea et al., 2024, Agenda 2030, Arbeitsmarktpolitische Weichenstellungen für die Jahre 2025–2029, IW-Policy Paper, Nr. 12, Köln
<https://www.iwkoeln.de/studien/andrea-hammermann-jochen-pimpertz-holger-schaefer-christoph-schroeder-stefanie-seele-oliver-stettes-sandra-vogel-arbeitsmarktpolitische-weichenstellungen-fuer-die-jahre-2025-2029.html>

Alein im Jahr 2023 sind Zuschüsse in Höhe von 112,4 Mrd. Euro aus dem Bundeshaushalt an die Rentenversicherung überwiesen worden. Diese werden sich im demografischen Wandel nach Berechnungen von Sachverständigen allein bis 2030 auf jährlich 156 Mrd. Euro weiter erhöhen. Das sind derzeit mehr als 25 % des gesamten Bundeshaushalts – Tendenz steigend. Kritiker warnen vor einer „Rentenrepublik auf Pump“.

• **Krankenversicherung: Kostenexplosion und Strukturdebatten**

Mit steigenden Gesundheitskosten – etwa durch mehr chronisch Kranke und eine im Schnitt ältere Bevölkerung – geraten die Kassen unter Druck. Ein Anstieg von mehr als 8% bei den Leistungsausgaben hat den gesetzlichen Krankenkassen (GKV) 2024 ein Defizit in Höhe von 6,2 Mrd. Euro beschert.

Auch ohne Beitragswirkungen der Krankenhausreform sind die Beitragssätze zur GKV zum 01.01.2025 um 0,8 Prozentpunkte gestiegen. Tatsächlich haben die gesetzlichen Kassen ihren Beitrag

um über 1,2 Prozentpunkte angehoben. Der Trend wird anhalten. Um einer weit verbreiteten Fehlvorstellung vorzubeugen: Die Arzneimittelkosten sind nicht das Problem und können es auch nicht lösen.

• **Pflegeversicherung: Zwischen Reformbedarf und Systemüberlastung**

Pflegebedürftigkeit tritt in der Regel erst im hohen Alter auf. Schon deshalb ist die umlagefinanzierte Pflegepflichtversicherung in besonderem Maße von demografischen Veränderungen betroffen. Das wird unter anderem an der Zahl der hochbetagten Personen ab 85 Jahren sichtbar: Hierzu zählten 2024 2,8 Mio., im Jahr 2030 werden es bereits 3,2 Mio. sein. Bereits Mitte 2023 ist der Beitragssatz zur Pflegeversicherung für Versicherte ohne Kinder von bisher 3,4 % auf 4,0 % sprunghaft angestiegen. Zum 01.01.2025 wurde er um weitere 0,2 Prozentpunkte erhöht.

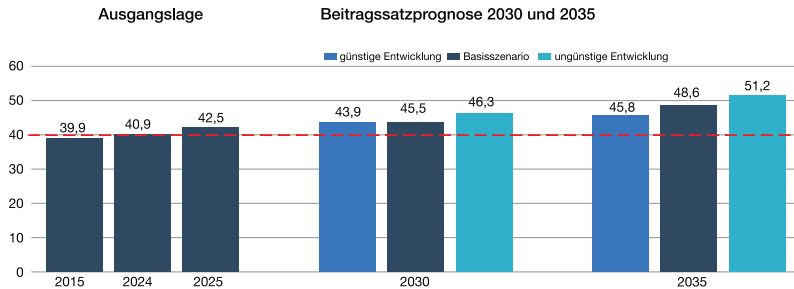
Laut Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft fehlen bis 2030 über 500.000 Pflegekräfte. Ohne gezielte Einwanderungspolitik und bessere Arbeitsbedingungen droht also zudem eine Versorgungslücke.

» DIE SOZIALGARANTIE WURDE FAKTISCH AUFGEKÜNDIGT.«

Unter diesen Vorzeichen ist die seit langem geltende „Sozialgarantie“ – heißt, die Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Sozialversicherung bleiben unter der Marke von insgesamt 40 % des Bruttoeinkommens – illusorisch. Bei einem Weiter-so, also ohne strukturelle Reformen zur Senkung des wachsenden Kostendrucks in den Sozialversicherungen, kommt dies einer Aufkündigung gleich. Bereits im Jahr 2025 wird der offiziell verkündete Gesamtsozialversicherungsbeitrag mit 41,9 % deutlich über dieser „Sozialgarantie“ liegen. Nach übereinstimmender Expertenmeinung werden sich im Jahr 2030 die Beitragssätze zur gesetzlichen Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung auf 45,2 % des Bruttoeinkommens erhöhen. Das entspricht im Vergleich zu 2025 einem weiteren Anstieg um 3,3 Beitragssatzpunkte in nur 5 Jahren. Bei Fortschreibung der heutigen Leistungsansprüche in der Sozialversicherung wird der Gesamtbeitragsatz bis zum Jahr 2050 auf über 50 % ansteigen.

Trotz dieser seit Jahren bekannten Prognosen hat die neue Koalition auf Bundesebene die wohl letzte Chance verpasst, uns vor den Folgen dieses Demografie-Desasters zu schützen.

Beitragsprognose zu den Sozialversicherungen



Quelle: Beitragsprognose des IGES-Instituts im Auftrag der DAK-Gesundheit, incl. Rentenpaket II, Krankenhausreform (KHVVVG incl. Finanzierung Transformationsfonds) und Dynamisierung der Pflegeleistungen; Stand: Juni 2024.

Quelle: Ochmann, Richard / Albrecht, Martin, 2024, Beitragsentwicklung in der Sozialversicherung, Szenarien-basierte Projektion bis zum Jahr 2035 für die DAK-Gesundheit

Die vielfache Bildung von Kommissionen gemäß Koalitionsvertrag wird das nicht verhindern. Nötig wären mutige Schritte gewesen in Richtung:

- Höheres Renteneintrittsalter (gekoppelt an die Lebenserwartung) mit flexiblen Elementen,
- höhere Abschläge bei vorzeitigem Renteneintritt,
- geringere Rentensteigerungen durch eine Anpassung des Nachhaltigkeitsfaktors in der Rentenformel,
- eine verpflichtende ergänzende Altersvorsorge,
- Förderung von lückenlosen Erwerbsbiografien,
- Verlängerung der Lebensarbeitszeit,
- Fokussierung der Gesundheitsversorgung und Pflege auf die Absicherung der großen Risiken,
- Stärkung von Prävention und Eigenverantwortung,
- Überprüfung von versicherungsfremden Leistungen, wie z. B. Mütterrente, Familienversicherung oder Leistungen rund um Schwangerschaft und ggf. Finanzierung durch Steuermittel.

Anstelle dieser Vorschläge zu einer Begrenzung des künftigen Beitragsanstiegs verschärft der Koalitionsvertrag das Problem noch mit zusätzlichen milliardenschweren Ausgaben für den Erhalt der „Rente ab 63“, ein stabiles Rentenniveau, eine ausgeweitete Mütterrente und steuerfreien Lohn für Ruheständler. Im Bereich der Kranken- und Pflegeversicherung finden sich lediglich Leerstellen in Bezug auf dringend notwendige Reformen.

Damit laufen wir an dieser Stelle mit Ansage in ein doppeltes Dilemma: Nicht nur die Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme gerät in völlige Schieflage, sondern höhere Lohnzusatzkosten gefährden noch dazu Arbeitsplätze und die Wettbewerbsfähigkeit. Die Arbeitskosten sind in Deutschland laut Berichterstattung des Statistischen Bundesamtes mit 41,30 Euro (2023) je geleistete Arbeitsstunde rund 30 % höher als im EU-Durchschnitt. Deutschland liegt schon heute bei der Belastung der Arbeitseinkommen mit Steuern und Sozialabgaben unter den Industrieländern der OECD auf Platz zwei.

» HOHE LOHNZUSATZKOSTEN GEFÄHRDEN DIE INTERNATIONALE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT.«

Heißt in Summe: Die sozialen Sicherungssysteme müssen dringend reformiert werden, um sie effizienter, finanzierbar, zukunftsfest und generationengerecht zu gestalten. Für die Unternehmen und insbesondere für lohnintensive Betriebe bedeuten steigende Beitragssätze ein Mehr an Belastung und eine Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit. Bei den Beschäftigten führen sie zu weniger Netto vom Brutto.

Eine Haltelinie für den Gesamtsozialversicherungsbeitragssatz ist unerlässlich. Diese Haltelinie muss als wichtige und messbare Zielmarke für Reformen dienen. Ohne ein solches Ziel wird es keine Reformen geben.

5) Innovationskraft für Wertschöpfung – MINT-Bildung als Schwungrad!

Werden viele standortpolitische Fragen oft kontrovers diskutiert, gibt es bei einer Sache eigentlich fast immer „common ground“: bei der Wichtigkeit von Innovationsfähigkeit. Innovationen sind der Garant, um mit qualitativ hochwertigen Produkten auf globalen Märkten erfolgreich zu sein.

» INNOVATIONEN SIND GRUNDLAGE FÜR FORTSCHRITT – UND SORGEN FÜR WETTBEWERBSVORTEILE UND RESILIENZ.«

Innovationen sind Voraussetzung, um technischen Fortschritt überhaupt zu ermöglichen – sei es bei den Klima- und Nachhaltigkeitszielen oder Fortschritten in der Medizin und vielem anderem mehr. Die Chemie- und Pharmaindustrie spielt dabei eine besondere Rolle: Sie steht am Anfang vieler Wertschöpfungsketten und Innovationen anderer Branchen entstehen zumeist an der Grenzflä-

che zur Chemie. Chemie und Pharma sind Möglichmacher und Innovationstreiber für fast alle anderen Branchen.

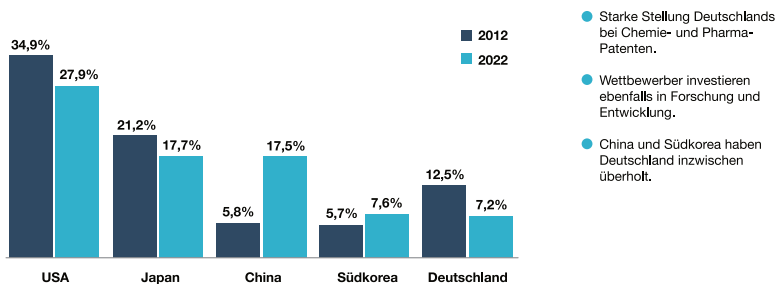


Die Stärkung der Innovationsfähigkeit ist also ein standortpolitischer „No-Brainer“, den wir ohne Einschränkung verfolgen müssen. Ein Blick auf die Patentlandschaft, die als relevanter Indikator der Innovationskraft eines Landes oder einer Region gilt, zeigt, dass Deutschland gemessen an der Anzahl der angemeldeten Patente (noch) die weltweite Nummer zwei nach den USA ist.

» INNOVATIONEN MÜSSEN IN INVESTITIONEN, WERTSCHÖPFUNG UND ARBEITSPLÄTZE MÜNDEN – STANDORTBEDINGUNGEN STÄRKEN! «

Doch auch, wenn wir derzeit noch eine beachtliche Anzahl Patentanmeldungen verzeichnen können, dürfen wir uns nicht auf unserer durchaus guten Basis ausruhen. Es gilt nun, das bestehende Innovationspotenzial voll auszuschöpfen.

Anteil der Länder an den weltweiten Chemie- und Pharma-Patentanmeldungen



Patentanmeldungen im Technologiefeld Chemie und Pharma
Quelle: WPI (STN) – Berechnungen Fraunhofer-ISI und ZEW, VCI

Der VCI hat hierzu in einer Innovationsagenda die wichtigsten Handlungsfelder benannt – von Technologieoffenheit und -neutralität, einer strategischen und planungssicheren Gestaltung von Förderprogrammen, der Stärkung und Vereinfachung von Kooperationen bis hin zum Schutz des geistigen Eigentums. Aber die mitunter wichtigste Zutat sind international wettbewerbsfähige Standortbedingungen, die es ermöglichen, dass Innovationen auch hierzulande in Investitionen, Wertschöpfung und Arbeits-

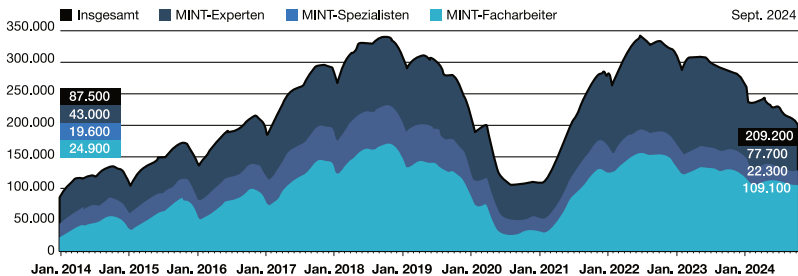
plätze münden können (siehe o.g. Prioritäten). Denn nur so werden am Ende wieder die Mittel erwirtschaftet, um Forschungs- und Innovationsförderung überhaupt zu ermöglichen.

Das Schwungrad für diesen Innovationskreislauf steckt dabei in den Menschen: Talente, die durch Forschung Innovationen erzeugen, die durch technischen und handwerklichen Sachverstand Anlagen fahren oder an vielen anderen Stellen von der Idee zum innovativen Produkt ihren Beitrag leisten. Umso kritischer muss unser Blick auf den aktuellen Zustand der MINT-Bildung sein.

» MASTER UND MEISTER: TALENTE SIND DAS SCHWUNGRAD FÜR DEN INNOVATIONSKREISLAUF.«

Die gravierenden Leistungseinbrüche in PISA und TIMSS, der Lehrkräftemangel, die unzureichende Digitalisierung, der Rückgang naturwissenschaftlicher Grundbildung in der Breite wie auch die zunehmende MINT-Fachkräftelücke sind Ausdruck einer Strukturkrise.

Fachkräftelücke bei den MINT-Berufen seit 2014



MINT: Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik

MINT-Experten: meist Akademiker; MINT-Spezialisten: meist Techniker und Meister; MINT-Fachkräfte: meist Ausbildungsabsolventen

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut der deutschen Wirtschaft © 2024 IW Mediavwd

Ohne MINT-Kompetenzen fehlen uns nicht nur die Grundlagen für technologischen Fortschritt. Auch die Fähigkeit zu vermitteln, faktenbasiert zu urteilen, technologische Entwicklungen einzuordnen und neue Wege mit Offenheit zu beschreiten, gehen verloren. Unser Innovationsschwungrad verliert mit schwinden-



den MINT-Kompetenzen an Impulskraft. Hinzu kommt: Der Bildungskanon in unserem Schulsystem ist weitgehend auf dem Stand des vergangenen Jahrhunderts stehen geblieben. Während die großen Umbrüche in der Wissenschaft innerhalb der Physik noch abgebildet sind, ist die enorme Entwicklung innerhalb der Chemie und zuletzt insbesondere innerhalb der Biochemie noch kaum berücksichtigt. Im neuen G9 teilweise. Aber gerade Chemie und Biochemie werden an Schulen weiterhin zu wenig gelehrt. Hier müssen wir dringend gegensteuern. Von einer systematischen Verankerung frühkindlicher MINT-Bildung bis hin zu einer Modernisierung der Curricula mit durchgängiger naturwissenschaftlicher Grundausbildung in allen Schulformen und Zweigen. Dazu muss digitale Bildung die Regel und nicht der Ausnahmefall sein. Hier braucht auch die Ausbildung von Lehrkräften ein Update – vor allem im Hinblick auf KI, Datenkompetenz und moderne Didaktik. Und – last but not least – dürfen wir im Bildungssystem wie auch in anderen Bereichen nicht völlig von einem Leistungsprinzip abrücken.

Die politische Agenda muss Innovationen wieder in den Vordergrund rücken und hierfür Bildung – vor allem MINT-Bildung – als strategische Ressource verstehen.

Nutzen wir die Krise als Chance für unsere Zukunft als Industrieland!

Natürlich wollen wir uns mit der Nennung von 5 Prioritäten keine apodiktische Deutungshoheit anmaßen. Man kann sicher auch trefflich streiten, ob es nicht noch weitere Fokusbereiche bräuchte. Und es gibt auch keine einfachen Lösungen in einer komplexen Welt. Wir sind aber überzeugt: Wenn wir diese 5 Prioritäten konsequent in den Fokus des politischen und gesellschaftlichen Handelns stellen, können wir das Ruder für unseren Standort herumreißen.

» NUR MIT KLAREN PRIORITÄTEN UND KONSEQUENTEM HANDELN
KÖNNEN WIR DAS RUDER FÜR UNSEREN STANDORT HERUMREISSEN.«

Und das nicht für Partikularinteressen einzelner Branchen und Unternehmen, sondern für eine Stärkung der gesamten deutschen Volkswirtschaft, für unser aller Gemeinwohl. Wenn wir es schaffen, wieder diese großen Linien zu verfolgen, kann sich auch der Staat wieder mehr auf seine Kernaufgaben, wie Sicherheit und Bereitstellung und Erhalt von Infrastruktur, fokussieren. Und die Privatwirtschaft kann wieder mehr Vertrauen schöpfen und ein aussichtsreiches Umfeld für erfolgreiche Investitionen hierzulande erwarten.

Neben der nationalen Anstrengung wird es dabei auch besonders darauf ankommen, das Wirken und Handeln der EU neu auszurichten. Hier muss Deutschland nach Jahren einer „Enthaltungspolitik“ in wichtigen Sachfragen (Stichwort: „German Vote“ = Enthaltung) wieder Führung übernehmen.

» DIE EU MUSS SICH WIEDER MEHR UM DIE GROSSEN FRAGEN KÜMMERN, STATT SICH AN PLANWIRTSCHAFTLICHER REGULIERUNGSEKSTASE IM KLEIN-KLEIN ZU BERAUSCHEN.«

Brüssel muss zur Chefsache werden. Und die EU muss sich ebenfalls wieder mehr um die großen Fragen kümmern, statt sich an planwirtschaftlicher Regulierungsektase im Klein-Klein zu berauschen. Mit Fokus auf die Stärkung des EU-Binnenmarktes, Wettbewerbsfähigkeit, Resilienz, Handelsabkommen und Innovation kann die EU zu neuer politischer und wirtschaftlicher Stärke finden. Und als Einheit kann sie auch wieder mehr zum Gestalter statt Zuschauer in der Geopolitik avancieren.

Dieser Politik- und Mentalitätswechsel muss allerdings die EU-Institutionen ganzheitlich durchdringen. Insbesondere die Fachebenen der Generaldirektionen müssen hier in die Pflicht genommen werden. Denn bislang kann man hier noch kaum eine Abkehr von planwirtschaftlicher Regulierungswut erkennen.

» WIR MÜSSEN DIE KRISE JETZT ALS CHANCE NUTZEN – UND IN UNSEREN INDUSTRIESTANDORT INVESTIEREN.«

Vielleicht bietet die aktuelle Krisensituation sogar DIE historische Chance, jetzt einen ehrlichen Blick auf die eigenen Standortdefizite zu richten. Und mit den beschlossenen Kreditermächtigungen des Infrastrukturfonds können wir auch einen Invest in unsere Zukunft als Industrieland (mit Return-on-Invest!) leisten. Die Chance für eine solche Agenda 2030 wäre jetzt da. Wir müssen sie nur konsequent nutzen – und Prioritäten setzen.

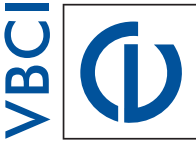
Aus der Arbeit des VBCI

**Starke Partnerschaft,
klare Perspektiven.**



*Impulse für morgen – im Dialog von
heute.*

*Ihr starker Partner für Tarif-, arbeits-
und sozialpolitische Fragen.*



Aus der Arbeit des VBCI

Der Verein der Bayerischen Chemischen Industrie (VBCI) unterstützt die Mitgliedsunternehmen der chemischen und pharmazeutischen Industrie in Bayern mit praxisnaher Expertise bei allen arbeitsrechtlichen und personalpolitischen Themen – national und auf europäischer Ebene. Unternehmen profitieren von schneller Beratung, maßgeschneiderten Lösungen und aktueller Information zu gesetzlichen Entwicklungen.

Dank der engen Kooperation mit dem Landesverband Bayern des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI) bündeln wir wirtschafts- und sozialpolitische Interessen der Branche seit über 75 Jahren erfolgreich und verschaffen ihnen gegenüber Politik, Verwaltung und Sozialpartnern nachhaltig Gehör.

» WIR BÜNDELN DIE INTERESSEN UNSERER MITGLIEDER.«

Durch den kontinuierlichen Dialog mit unseren Mitgliedsunternehmen erkennen wir frühzeitig branchenspezifische Herausforderungen und erarbeiten gemeinsam praxisgerechte Antworten. Die aktive Mitarbeit der Unternehmen in unseren Gremien – darunter der Wirtschaftspolitische, Tarifpolitische sowie Sozial- und Personalpolitische Ausschuss sowie die Arbeitskreise Berufsausbildung und Personalentwicklung – stärkt den Austausch und garantiert Lösungen, die den tatsächlichen Bedürfnissen der Betriebe entsprechen.

Arbeit der Rechtsabteilung

Unsere Rechtsabteilung unterstützt die Mitgliedsunternehmen mit individueller und hochqualifizierter Beratung und vertritt ihre Interessen vor Arbeits-, Landesarbeits- und Sozialgerichten sowie gegenüber Betriebsräten und Gewerkschaften. Ein wichtiger Bestandteil unserer Tätigkeit bleibt die Mitwirkung an deutschen und europäischen Gesetzgebungsverfahren – gemeinsam mit unseren Partnern wie dem Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC), der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). Hier sind unsere Juristen in den entsprechenden Gremien vertreten und betonen die Interessen unserer Mitglieder.

Gremienarbeit und Austausch

Der intensive Austausch in unseren Gremien bildet das Rückgrat der Verbandsarbeit. Hier wurden aktuelle Themen wie Mindestlohn, Zugangsrechte von Gewerkschaften, Bürokratieentlastungs- und Selbstbestimmungsgesetz, Beschäftigtendatenschutz, Arbeitszeiterfassung sowie neue Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts praxisnah aufgearbeitet.

» DER DIALOG MIT UNSEREN MITGLIEDERN IST ESSENTIELL FÜR UNSERE ARBEIT.«

Im Sozial- und Personalpolitischen Ausschuss (SPA) wurden neben dem intensiven Austausch zu personalpolitischen Themen in der Chemiebranche im vergangenen Jahr u. a. die Themen Beweiswert ärztlicher AU-Bescheinigungen, Abstandsgebot für AT-Vergütungen sowie Unfallversicherung im Homeoffice diskutiert und Handlungsempfehlungen ausgesprochen.

Das Wissenstransfer-Angebot wurde weiter ausgebaut

- Der monatliche „Legal Lunch“ erfreut sich weiterhin großer Beliebtheit und erreicht regelmäßig über 120 Teilnehmer. Die bisher höchste Teilnehmerzahl erreichte die April-Veranstaltung mit dem Thema: „April, April – Die Mythen des Arbeitsrechts“.
- Erweitert wurde dieses Angebot um den Rechtsprechungsreport, einer virtuellen Vortragsreihe, welche quartalsweise aktuelle und für die Personalabteilung relevante Urteile von besonderer Bedeutung für die tägliche Arbeit vorstellt und analysiert.
- Präsenzs Schulungen und Fachvorträge sind weiterhin fester Bestandteil unseres Weiterbildungsangebots und sollen in den nächsten Jahren weiter ausgebaut werden, um unseren Mitgliedern die Möglichkeit zum gegenseitigen Austausch und Netzwerken zu geben.
- Zusätzlich bieten wir Inhouse-Schulungen, Online-Seminare und digitale Formate für eine ortsflexible Weiterbildung an.

Informationsangebote

Unsere Mitgliedsfirmen werden zudem zuverlässig durch den wöchentlichen Newsletter, das monatliche Journal sowie tagesaktuelle Rundschreiben informiert. Zusätzlich findet sich im Extranet für unsere Mitglieder eine Vielzahl von Mustern und Handlungshilfen für die tägliche Personalarbeit.

Schwerpunkte in der Informationsarbeit waren 2025 insbesondere:

- Neuauflage der Handbücher zum Arbeitsrecht im Betrieb
- Arbeitsrechtliche Neuerungen 2024/2025
- Steuer- und sozialversicherungsrechtliche Neuerungen 2025
- Umsetzungshilfen zum tariflichen Gewerkschaftstag nach § 8 MTV

Kollektive Verhandlungen und individuelle Lösungen

Auch im vergangenen Jahr unterstützte der VBCI seine Mitgliedsfirmen erfolgreich bei kollektiven wie auch individuellen Verhandlungen.

Dabei standen sowohl betriebspezifische Vereinbarungen zur Flexibilisierung von Arbeitszeitmodellen als auch wirtschaftlich tragfähige Lösungen bei tariflichen Einmalzahlungen und Sozialplänen im Mittelpunkt, um Unternehmen den notwendigen wirtschaftlichen Spielraum für zukünftige Investitionen zu geben.

»WIR BIETEN MASSGESCHNEIDERTE LÖSUNGEN.«

Der VBCI setzt auf individuelle Lösungen, die die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Unternehmen berücksichtigen und gleichzeitig soziale Verantwortung beinhalten.

Tariflicher Arbeitsauftrag „Weiterentwicklung des BETV und anderer Tarifverträge“

Um den sich ändernden Anforderungen gerecht zu werden, müssen auch die Tarifverträge weiterentwickelt werden.

Die Chemie-Tarifparteien haben mit dem Tarifabschluss vom 27.06.2024 den Startschuss für die Tarifstrategie 2030 gegeben: Das Ziel ist die Anpassung der Tarifverträge an die moderne Arbeitswelt bis 2030. Als erster Schritt wurde ein Änderungspaket zum BETV bereits in der Tarifrunde 2024 verabschiedet.

»MODERNE TARIFVERTRÄGE VERSTEHEN WIR ALS AUFTRAG.«

Wesentliche Schwerpunkte der BETV-Weiterentwicklung sind dabei: die Ersteingruppierung und Fachkräfteeingruppierung vereinfachen, Flexibilisierungsinstrumente beschleunigen und ausweiten, den BETV verschlanken sowie die Studienabschlüsse Bachelor/Master neu bewerten und AT-Abgrenzungen prüfen.

Die Tarifverträge der chemisch-pharmazeutischen Industrie sollen:

- moderner, attraktiver und praxisnäher werden,
- rechtssicher im Hinblick auf Entgelttransparenz werden,
- unnötige und unklare Regelungen vermeiden und
- eine klare Orientierung für Betriebe und Beschäftigte bieten.

»EINE MITGLIEDSCHAFT BEI UNS BIETET EINEN KONKRETEN MEHRWERT.«

Fachkräfteradar Chemie: Brücken bauen, Fachkräfte halten

Mit dem Fachkräfteradar Chemie haben die Sozialpartner der Branche ein zukunftsweisendes Instrument etabliert, das Beschäftigungssicherung und Fach-



kräftesicherung in Zeiten tiefgreifender wirtschaftlicher und struktureller Veränderungen miteinander vereint. Die digitale Plattform bringt Unternehmen mit einem temporären Personalüberhang gezielt mit Betrieben zusammen, die offene Stellen nicht besetzen können – und das schnell, passgenau und innerhalb der Chemie- und Pharmaindustrie.

Seit dem bundesweiten Start im Herbst 2024 haben sich bereits über 160 Unternehmen registriert – ein klares Signal für die hohe Relevanz und Akzeptanz des Angebots. Im April 2025 wurde die Plattform um drei regionale Fachkräfteradare erweitert, darunter auch der Fachkräfteradar Bayern. Gleichzeitig wurde der Weg zur bundesweiten Vernetzung der regionalen Angebote geebnet, um den Wirkungskreis weiter zu stärken.

Der Fachkräfteradar ermöglicht es, Fachkräften, deren Beschäftigungsverhältnis aus betrieblichen Gründen endet, sowie nicht übernommenen Auszubildenden eine neue berufliche Perspektive innerhalb der Branche zu eröffnen – nahtlos, unbürokratisch und mit hoher Passgenauigkeit. Damit leistet die Initiative einen aktiven Beitrag zur Bindung qualifizierter Arbeitskräfte in der Chemie- und Pharmaindustrie.

Vorteile für Unternehmen:

- Gezielter Zugang zu qualifizierten Fachkräften: Unternehmen profitieren vom direkten Zugriff auf gut ausgebildetes Personal mit fundiertem Branchenwissen – ohne Streuverluste.
- Einfache Anbindung an bestehende Prozesse: Die Plattform lässt sich unkompliziert in bestehende HR-, Verwaltungs- und Outplacement-Strukturen integrieren.
- Stärkung der Arbeitgebermarke: Wer Verantwortung übernimmt und Mitarbeitern auch in schwierigen Phasen Zukunftsperspektiven aufzeigt, stärkt

sein Image – sowohl intern bei der Belegschaft als auch extern auf dem Arbeitsmarkt.

Der Fachkräftenradar ist somit weit mehr als ein Vermittlungsportal – er ist Ausdruck gelebter Sozialpartnerschaft und ein strategisches Werkzeug zur Sicherung von Know-how, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit in der Branche.

»DIE ARBEITGEBER BEGEGNEN DEM DROHENDEN FACHKRÄFTEMANGEL U.A. MIT MODERNEN ONLINE-FORMATEN.«

Elementare Vielfalt (EIVi): Nachwuchs für die Branche begeistern

Die Website elementare-vielfalt.de (EIVi) ist das zentrale Online-Angebot der Chemie-Arbeitgeber zur Nachwuchswerbung – modern, zielgruppenorientiert und praxisnah. Sie informiert Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte über die vielfältigen Ausbildungsberufe und dualen Studiengänge in der chemischen und pharmazeutischen Industrie und zeigt, welche Karrieremöglichkeiten die Branche bietet.

Im Jahr 2025 erfährt die Plattform einen umfassenden Relaunch: moderner im Design, intuitiver in der Navigation und noch besser auf die Bedürfnisse junger Nutzer zugeschnitten. Damit wird EIVi nicht nur optisch, sondern auch funktional auf das nächste Level gehoben – für mehr Reichweite, bessere Nutzererfahrung und eine noch effektivere Nachwuchsansprache.



In Zeiten zunehmenden Fachkräftemangels ist EIVi ein wichtiger Baustein zur langfristigen Sicherung des Nachwuchses: Durch authentische Einblicke, interaktive Berufsorientierungstools und konkrete Ausbildungsangebote leistet die Plattform einen aktiven Beitrag, junge Menschen frühzeitig für naturwissenschaftlich-technische Berufe zu interessieren und sie gezielt in Richtung Chemie zu lenken.

Vorteile für Unternehmen:

- Sichtbarkeit bei jungen Talenten: Ausbildungsbetriebe können sich und ihre offenen Stellen direkt auf EIVi präsentieren – genau dort, wo die Zielgruppe sucht.
- Effektive Nachwuchsgewinnung: EIVi erreicht mit zielgerichteter Kommunikation Schülerinnen und Schüler sowie ihre Multiplikatoren in Schulen, auf Messen und über Social Media.
- Branchenimage stärken: Mit der Beteiligung an EIVi zeigen Unternehmen gesellschaftliches Engagement und tragen zur Attraktivität der gesamten Branche bei.

ElVi ist damit mehr als eine Website – sie ist eine Plattform, die Orientierung gibt, Begeisterung weckt und hilft, die Fachkräfte von morgen für die chemische Industrie zu gewinnen. Der Relaunch 2025 setzt dabei neue Maßstäbe für digitale Nachwuchskommunikation in der Branche.

Koalitionsvertrag: Zwischen Anspruch und Realität

Mindestlohnkommission: Unabhängigkeit darf kein Lippenbekenntnis sein

Es ist zu begrüßen, dass sich die Koalition zur Unabhängigkeit der Mindestlohnkommission bekennt. Gleichzeitig irritieren politische Äußerungen, die konkrete Zielwerte für den Mindestlohn benennen, obwohl der Vertrag selbst bewusst auf eine verbindliche Festlegung verzichtet. Solche Einmischungen sind mit echter Unabhängigkeit unvereinbar. Wer die Tarifautonomie ernst nimmt, muss die Arbeit der Kommission respektieren. Jede politische Einflussnahme ist ein Angriff auf die verfassungsrechtlich geschützte Sozialpartnerschaft.

»SOZIALPOLITISCH HAT DER KOALITIONSVERTRAG LEIDER ZU WENIG ZU BIETEN.«

Tarifbindung: Falsche Mittel für richtiges Ziel

Die stärkere Tarifbindung ist ein legitimes politisches Anliegen – auch aus Sicht vieler Arbeitgeber. Doch der Weg über ein Bundestariftreuegesetz für die öffentliche Auftragsvergabe ist der falsche. Der Staat sollte nicht regulierend in die Tariflandschaft eingreifen, sondern deren freiwillige Stärkung fördern. Zudem herrscht Rechtsunsicherheit, da unklar bleibt, welche Tarifverträge konkret gelten sollen. Die Gefahr: Fehlanreize, Bürokratie und neue Grauzonen.

Mehrarbeit: Widerspruch zu gelebter Praxis

Die steuerliche Förderung von Überstunden und Aufstockungsprämien mag auf den ersten Blick attraktiv erscheinen. Doch sie birgt praktische und systematische Risiken:

Die Idee setzt eine präzise und lückenlose Trennung von Überstunden im Abrechnungssystem voraus – ein Widerspruch zur in der Chemiebranche bewährten Vertrauensarbeitszeit.

Zudem stellt sie etablierte Arbeitszeitkontenmodelle infrage, die auf Flexibilität und Eigenverantwortung beruhen.

Und schließlich: Die geplante Regelung passt nicht zur Struktur der geltenden Tarifverträge – auch des Manteltarifvertrags der chemischen Industrie – und gefährdet funktionierende Systeme.

Entgelttransparenz: Noch mehr Bürokratie

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist ein berechtigtes Ziel. Doch der Weg über die EU-Entgelttransparenzrichtlinie wirft zahlreiche Fragen auf.

Der Verwaltungsaufwand steigt erheblich – insbesondere für mittelständische Unternehmen – durch umfangreiche Berichtspflichten. Selbst Betriebe unterhalb der Schwelle von 100 Mitarbeitern könnten durch Sorgfaltspflichten oder Rechtsprechung unmittelbar betroffen sein. Die verpflichtende Gehaltsoffenlegung greift tief in die Vertragsfreiheit ein – auf Kosten individueller Verhandlungsspielräume. Transparente Gehaltsvergleiche bergen das Risiko innerbetrieblicher Unzufriedenheit, auch dort, wo Lohnunterschiede sachlich gerechtfertigt sind. Die zentrale Kategorie „gleichwertige Arbeit“ ist in der Praxis schwer zu fassen – ein juristisches Minenfeld, das zu Rechtsunsicherheit und Streitigkeiten führen wird.

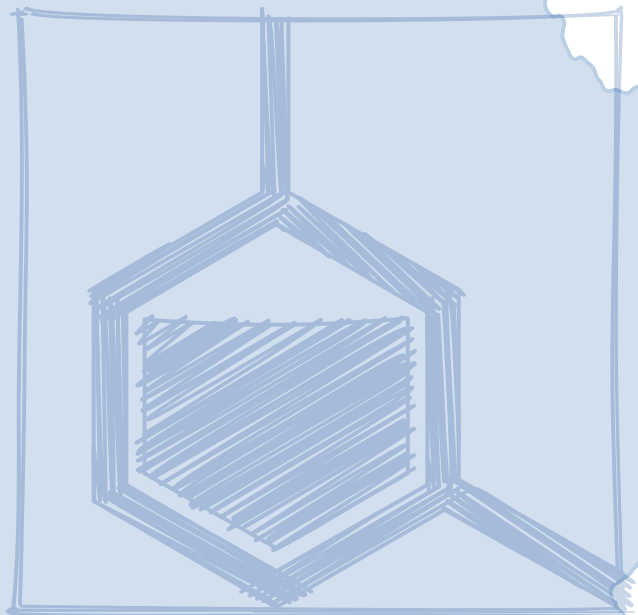
Und nicht zuletzt: Die Richtlinie verfehlt strukturelle Ursachen der Lohnlücke – etwa Teilzeit, Erwerbsunterbrechungen oder Branchenwahl – und verengt den Blick auf formale Gleichstellung.

»ENTGELTTRANSPARENZ – SCHON WIEDER WILL DIE EU DURCH DETAILREGULIERUNG UND ÜBERWACHUNG STEUERN!«

Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen der kommenden Jahre verlangen pragmatische und verlässliche Lösungen. Was wir brauchen, ist ein politischer Rahmen, der Verantwortung stärkt statt Regulierung auszuweiten, der auf Zusammenarbeit setzt statt auf Misstrauen – und der anerkennt, dass die über Jahrzehnte aufgebaute Sozialpartnerschaft für den Erfolg der deutschen Wirtschaft von Bedeutung ist.

Aus der Arbeit des VCI-LV Bayern

Wissensdrehscheibe,
Netzwerkplattform und
Sprachrohr:



Der VCI-Landesverband ist DIE
wirtschaftspolitische Stimme von
Chemie und Pharma in Bayern!

**VCI**

BAYERN

Aus der Arbeit des VCI-Landesverbandes Bayern

Der VCI vereint als Wirtschaftsverband in seiner Mitgliedschaft nahezu alle Sparten der Chemie- und Pharmabranche unter einem Dach. Neben Chemieunternehmen als Direktmitglieder sind mittlerweile auch 23 Fachverbände Teil des Chemieverbands. Dieses breite Netzwerk macht es möglich, der Chemie- und Pharmabranche in ihrer gesamten Spartenvielfalt regional, national und international eine starke Stimme zu geben. Als Landesverband in Bayern ist es unser Selbstverständnis, diese Vielfalt der Branche in und aus Bayern heraus ganzheitlich zu vertreten und die Brancheninteressen aller Mitglieder und Fachverbände übergeordnet zu bündeln.

Der VCI-Landesverband sieht sich daher als Netzwerkplattform und Stimme der chemisch-pharmazeutischen Industrie in Bayern. Er vertritt die wirtschaftspolitischen Interessen der Branche gegenüber Politik, Administration, Öffentlichkeit und den Medien. Er dient als Plattform zur Meinungsaggregation und Positionierung sowie zur Vernetzung und dem Erfahrungsaustausch für die Mitgliedschaft. Die Aktivitäten zu MINT-Förderungen zeigen, dass das verbandliche Engagement auch weit in die Gesellschaft hineinreicht.

» MASCHINENRAUM UND WISSENSDREHSCHLEIBE – DIE FACHGREMIEN ALS BASIS VERBANDLICHER AKTIVITÄTEN.«

Im „Maschinenraum“: Die Arbeit der Fachgremien

Wichtige Basis für die verbandlichen Aktivitäten ist die Fachgremienstruktur in Form von Arbeits- und Expertenkreisen (Details s. Seiten 48, 49). In für die Branche relevanten Fachbereichen dienen sie als Wissensdrehscheibe mit den Unternehmen – immer im Dreiklang von Branchenpositionierung, Informationsvermittlung und gegenseitigem Erfahrungsaustausch. Neben regelmäßigen Zusammenkünften werden tagesaktuelle Informationen durch Infomailings zur Verfügung gestellt. Somit kann der Verband fundiert sprachfähig zu aktuellen regulatorischen Vorhaben sein und Unternehmen zu (neuen) rechtlichen Vorgaben und Entwicklungen effizient informieren. Daneben schaffen die Kreise Raum für fachliches Sparring, Erfahrungsaustausch und

Best-Practice-Ansätze. Die Arbeit in Bayern ist eng verzahnt mit den Gremien im Bundesverband sowie in Dachverbänden wie BDI und vbw. Die Fachgremien umfassen folgende Bereiche und befassten sich im Berichtszeitraum schwerpunktmäßig mit u.g. Themen:

Arbeitsschutz und Anlagensicherheit:

Hier stand der Erfahrungsaustausch im Vordergrund: Regelmäßige Erörterung von „Lessons learned“ zu aktuellen Ereignissen, die Einführung lebensrettender Regeln, Tools für die Regelwerksverfolgung, Sicherheitskultur und Konzepte zum Konsequenzmanagement sowie die Einordnung von Process Safety Incidents (PSI) anhand Musterszenarien. Zudem konnte in einer Sonderveranstaltung ein Fachvortrag zum sicheren Umgang mit Asbest in der



baulichen Praxis angeboten werden. Abgerundet wurden die Treffen mit dem bewährten Format des Expertenforums ExSchutz, das spezifisch Raum für fachlichen Austausch der ExSchutz-Profis bietet (auch über die Chemie hinaus – und oft bereichert um einen Experimentalvortrag).

Energie und Klima:

Der thematische Fokus lag auf den großen energiepolitischen Fragen – dieses Mal stark beeinflusst durch den Zerfall der Ampelregierung, die anschließenden Neuwahlen sowie die Regierungsbildung: Maßnahmen für wettbewerbsfähige Strompreise für energieintensive Wertschöpfung, Kraftwerksstrategie und Versorgungssicherheit, Weiterentwicklung der Industrienetzentgelte im Elektrizitätsbereich sowie der allgemeinen Netzentgeltsystematik, drohende Aufteilung der deutschen Strompreiszone, Aufbau der Wasserstoffinfrastruktur, Klimaschutzverträge, Clean Industrial Deal der EU-Kommission und weitere regulatorische Entwicklungen auf EU-Ebene. Aber auch die zunehmende energiewirtschaftliche Bürokratisierung wie bei den z.T. unklaren und uneinheitlichen Vorgaben der ökologischen Gegenleistung für wichtige Entlastungstatbestände standen im Fokus. Die Themen wurden durch externe Impulse von Fachleuten aus der Energiewirtschaft sowie der Bayerischen Staatsregierung flankiert und auch in Sonderveranstaltungen aufgegriffen, wie zu den Implikationen des Bidding Zone Review für die deutsche Strompreiszone mit Unterstützung durch TenneT. Zudem steht dieses Jahr wieder die regelmäßige Abfrage zur Stromqualität in Bayern auf dem Tableau.

Innovation:

Die Stärkung der Innovationsfähigkeit der Branche bildet den roten Faden in diesem Bereich. Dabei stand der Abgleich der VCI-Innovationsstudie „Innovationen den Weg ebnen“ (2015) mit der heutigen Unternehmensrealität im Fokus – mit dem Ziel, externe und interne Innovationshemmnisse zu analysieren und Lösungsoptionen herauszuarbeiten. Impulse aus Industrie und Wissenschaft zu gelebten Innovationskulturen sowie Beispiele effizienter Innovationsprozesse und zur Rolle von KI im Innovations- und Kreativprozess setzten erste inhaltliche Schwerpunkte und lieferten praxisnahe Orientierung. Diese Arbeit erfolgt in enger Verzahnung mit dem Chemie-Cluster Bayern als Technologietransfer-, Markterschließungs- und Fördermittelkompetenzzentrum.

Nachhaltigkeit:

Hier dominierten die umfassenden regulatorischen Anforderungen (Nachhaltigkeitsberichterstattung, Lieferkettengesetz, Taxonomie etc.). Einen großen Wert boten daher die Unterstützungsangebote der Brancheninitiative Chemie³, wie z.B. der Chemie³-Praxisguide zur Nachhaltigkeitsberichterstattung sowie Netzwerkveranstaltungen mit Best-Practice-Austausch. Bei der Initiative Responsible Care ist neu, dass der RC-Wettbewerb ab jetzt nur alle zwei Jahre und nur auf Landesebene ausgeschrieben wird. Im vergangenen Jahr überzeugte bei einem letztmaligen Vergleich der Landessieger des Responsible-Care-Wettbewerbs auf Bundesebene erneut ein bayerisches Projekt.

*Umwelt:*

Der mediale Umweltschutz ist seit vielen Jahren durch regulatorische Dynamik und steigende materielle wie formale Anforderungen geprägt. Dieser Rechtsrahmen ist gleichwohl die Basis für Betrieb und Genehmigung von Industrieanlagen. Die genehmigungsrechtlichen Rahmenbedingungen standen deshalb in unterschiedlichen Facetten im Fokus: Umsetzung der geänderten EU-Industrieemissionsrichtlinie (IED), die damit verbundene Anpassung des Sevilla-Prozesses, Umsetzung des WGC-BREF, die erweiterte Herstellerverantwortung in der EU-Kommunalabwasserrichtlinie (Finanzierung der 4. Reinigungsstufe), die Einführung des Wassercentrs in Bayern, die Digitalisierung von Genehmigungsverfahren sowie neue Vorgaben im technischen Regelwerk für die Ausbreitung von störfallbedingten Freisetzungen (angemessene Sicherheitsabstände).

Stoffpolitik:

Neben genehmigungsrechtlichen Vorgaben ist für die Chemiebranche vor allem das Regelwerk für den stofflichen Umweltschutz wichtig – insbesondere die Chemikalienregulierung auf EU-Ebene. Im Vordergrund stand die geplante Revision der Chemikalienverordnung REACH, laufende REACH-Beschränkungsverfahren u.a. zum umfassenden Verbot von PFAS oder zur Verwendung von Kalkstickstoff als Dünger, die Umsetzung der CLP-Revision, die zunehmende harmonisierte Gefahreinstufung von anorganischen Verbindungen aufgrund nicht-spezifischer Partikeleffekte (Titandioxid, Talk, amorphe Kieselsäure, etc.) sowie die biozidrechtlich getriggerte, drohende Einstufung von Ethanol als CMR-Stoff samt Rechtswirkungen in nachgeschalteten Regelwerken.

Neben den Veranstaltungen, Aktivitäten und Serviceleistungen in und um die Fachgremienstrukturen bietet der Landesverband aber auch weitere bedarfsorientierte Formate an – so ganz aktuell z.B. ein Webinar zu den Grundlagen und Anforderungen des EU AI Acts.

Expertise im Austausch: Fachdialoge mit der Administration

Die in vielen Bereichen sehr dynamischen Rechtsentwicklungen müssen am Ende im Vollzug gestaltet und praktisch umgesetzt werden. Gerade hierzu ist der Austausch mit Vertretern der Administration (wie z.B. aus dem bayerischen Wirtschafts- und dem Umweltministerium) ein großer Wert.

»ETABLIERTE DIALOGFORMATE SCHAFFEN PERSPEKTIVWECHSEL, GEGENSEITIGES VERSTÄNDNIS UND LÖSUNGSANSÄTZE.«

In seit vielen Jahren etablierten Expertendialogen wurden genau dafür Foren geschaffen: der Expertendialog Umwelt zu Fragen des medialen Umweltschutzes/Genehmigungsrechts und der Expertendialog Stoffpolitik zu chemikalienrechtlichen Entwicklungen. Im gemeinsamen Dialog zwischen Verbänden, Unternehmen und Ministerien erfolgt ein regelmäßiger Austausch zur Rechtsentwicklung und damit verbundenen Vollzugsfragen bis hin zu Trouble-Shooting bei aktuellen Vollzugsproblemen. Das schafft Raum für Dialog und ein besseres Verständnis für rechtliche Fragen und praxisorientierte Lösungen. Das 30-jährige Bestehen des Expertendialogs Umwelt im Herbst 2024 zeigt die Bedeutung dieser Formate eindrucksvoll.

Seit einigen Jahren konnte zusätzlich ein regelmäßiges Branchengespräch mit dem Landesamt für Umwelt auf Spitzenebene etabliert werden – diese

zentrale Fachbehörde in Bayern hat nicht nur Vollzugskompetenz, sondern besitzt auch wichtiges umweltfachliches Knowhow mit Praxisbezug.

Darüber hinaus ist der VCI-Landesverband Mitglied in Initiativen wie dem Wasserstoffbündnis Bayern oder dem Umwelt- und Klimapakt Bayern (mittlerweile mit Goldmitgliedschaft seit fast 30 Jahren). Hier engagieren wir uns in branchenrelevanten Aktivitäten – aktuell z.B. einer Kampagne, um das Berufsbild von Umweltgutachtern im Sinne der Nachwuchssicherung zu verbessern.



Politik als Partner: Faire Interessenvertretung im offenen Diskurs

Politik und deren Mandatsträger sind wichtige Stakeholder, die maßgeblich über Rahmenbedingungen für industrielle Wertschöpfung entscheiden. In unserer repräsentativen Demokratie ist der Dialog mit Anspruchsgruppen fest verankert. Denn es geht darum, fundierte politische Entscheidungen treffen zu können. Als VCI-Landesverband waren wir daher – gerade auch im Vorfeld der Bundestagswahl – in verschiedenen Formaten auf allen föderalen Ebenen im politischen Raum zu den wichtigsten Branchenthemen aktiv und wurden als Branchenverband proaktiv von der Politik angesprochen. So war der Landesverband im Dezember 2024 erneut zu einer Sachverständigenanhörung zur Zukunft des bayerischen Chemiestandorts im Landtag eingeladen und nahm am Chemiedialog mit dem bayerischen Wirtschaftsminister teil. Der Austausch erfolgte auch in Fachgremiensitzungen, in Wahlkreisterminen bei Unternehmen vor Ort und bei parlamentarischen Frühstücken, z.T. mit der Regionalorganisation ChemDelta Bavaria. Ein besonderes Highlight war zudem der Auftritt der Bayerischen Chemie bei der Wirtschaftsausstellung des CSU-Parteitags.



Auch in Zukunft wollen wir die Präsenz im politischen Raum mit neuen Formaten weiter stärken. Völlig klar ist dabei, dass Interessenvertretung transparent, integer und im Einklang mit den Vorgaben zu Lobbyregistern erfolgt.

Von Klartext bis tagesaktuelle Info: Die Branchenkommunikation

Kommunikation – für die Branche und in die Branche – ist zentraler Bestandteil der Verbandsarbeit, die wesentlich durch die Fachgremienstrukturen ermöglicht und getragen wird. Die Kommunikatoren unserer Mitgliedsunternehmen nutzen zudem den Arbeitskreis Kommunikation als Austauschplattform und Impulsge-

ber. Im vergangenen Jahr lag der Fokus dabei auf Kommunikation mit und in der Politik.



Weiterhin steht allen Mitarbeitern von VCI-Mitgliedsunternehmen das Extranet-Angebot des Verbands zur Verfügung. Sie können sich hier, tagessaktuell und thematisch vorsortiert, mit sämtlichen Informationen aus dem wirtschaftspolitischen Aktionsraum der Verbandsarbeit versorgen – auf Wunsch auch mit wöchentlicher Newsletter-Funktion, den „Kurzinformationen“. Für die Branchenkommunikation nach außen zu wichtigen Themen haben wir – neben den klassischen Kanälen – in den vergangenen Monaten auch die Aktivitäten in den sozialen Netzwerken verstärkt.

Die Gesundheit im Blick: Pharmastandort Bayern

Mit nahezu 35.000 Beschäftigten und einer Bruttowertschöpfung von etwa 5,6 Mrd. EUR kommt der pharmazeutischen Industrie in Bayern eine wesentliche Bedeutung zu – nicht nur im Sinne der Versorgung, sondern auch als Arbeitgeber und Wirtschaftsfaktor. Die Branche gilt schon lange als Leitwirtschaft. Dies zeigt sich auch an langjährig etablierten Dialogformaten mit Politik und Ministerien (Expertendialog Arzneimittel, Task-Force Arzneimittelversorgung, Bayerischer Pharmagipfel) – seit März 2025 um den Runden Tisch „Arzneimittelversorgung und Pharmastandort Bayern“ des Gesundheitsministeriums ergänzt.

» 10 JAHRE BAYERISCHER PHARMAGIPFEL – 10 JAHRE GESUNDHEITSPOLITISCHE IMPULSE AUS BAYERN IN BERLIN.«

Besonders hervorzuheben ist der Bayerische Pharmagipfel, dessen 10-jähriges Jubiläum wir dieses Jahr feiern: Die Bayerische Staatsregierung steht seit 2015 im intensiven Dialog mit der pharmazeutischen Industrie und sendet mit der „Gemeinsamen Erklärung“ regelmäßig gesundheitspolitische Impulse nach Berlin, die sich auch weitgehend im Koalitionsvertrag wiederfinden.

Inhaltlich lag der Fokus im vergangenen Jahr auf EU-Ebene neben dem EU-Pharma-Paket auf der EU-Kommunalabwasserrichtlinie, auf Bundesebene stand die Umsetzung der Nationalen Pharmastrategie im Vordergrund. Gerade die Stärkung der klinischen Forschung wurde auch in Bayern gezielt verfolgt: Konkrete Maßnahmen finden sich in den Gemeinsamen Erklärungen und wurden beim Klinikforschungsgipfel im Bayerischen Landtag und in der AG Klinische Forschung mit Gesundheits-, Wirtschafts- und Wissenschaftsministerium diskutiert.

Die Bedeutung der Pharmaindustrie spiegelt sich auch strukturell im VCI wider – drei Fachverbände bilden nahezu die gesamte Breite der Branche ab.

Darüber hinaus steht die Pharmainitiative Bayern als verbandsübergreifender Arbeitskreis forschender Pharmaunternehmen im ständigen Austausch mit Politik und Ministerien – neben o.g. Formaten auch in parlamentarischen Frühstunden, Workshops und als Ansprechpartner bei fachspezifischen Themen.



» “MINT-FÖRDERUNG FOR FUTURE“: BEGEISTERUNG WECKEN UND JUNGE MENSCHEN BEFÄHIGEN!«

Begeisterung schaffen – Die MINT-Förderung der Bayerischen Chemieverbände

Innovationen brauchen kreative Köpfe, technologisches Verständnis und eine Gesellschaft, die naturwissenschaftlichem Fortschritt offen begegnet. Der Grundstein dafür wird früh gelegt: zumeist in der Schule. Hier entscheidet sich, ob junge Menschen naturwissenschaftliche Zusammenhänge verstehen lernen und ob daraus Neugier und Begeisterung dafür entstehen. Genau an diesem Punkt setzt unser Engagement im Bereich der MINT-Förderung an. MINT-Kompetenzen sind der Schlüssel zu Innovation und Wettbewerbsfähigkeit – doch für uns geht es um mehr: MINT-Förderung ist ein gesellschaftlicher Auftrag. Denn wer naturwissenschaftliche Zusammenhänge versteht, kann technologische Entwicklungen einordnen und faktenbasiert mitreden. Unsere Bildungsinitiativen zielen nicht allein auf Fachkräftesicherung ab, sondern auf die Stärkung von Urteilskraft und Mündigkeit – von der Grundschule bis zur Oberstufe. Mit praxisnahen Projekten wie der „Chemiekiste“, Schülertagen und Wettbewerben machen wir Chemie erlebbar und fördern eigenständiges Denken und Forschen. Lehrkräfte begleiten wir mit Fortbildungen und Materialien aus der Praxis. So schaffen wir Neugier und Vertrauen – und vermitteln jungen Menschen, dass Wissenschaft nicht abstrakt, sondern relevant für ihr Leben ist.

Unser Ziel: Begeisterung wecken und junge Menschen befähigen, neuen Technologien offen, kritisch und konstruktiv zu begegnen.

Die Chemiefamilie: Fachverbände im bayerischen VCI-Netzwerk

Historisch und zum Teil satzungsbedingt haben einzelne VCI-Fachverbände auch Regionalstrukturen aufgebaut, die von den VCI-Landesverbänden organisatorisch mitunterstützt werden. In Bayern sind dies derzeit die bayerische Bezirksgruppe des Verbandes der deutschen Lack- und Druckfarbenindustrie (VdL), der Landesverband Bayern des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie (BPI) sowie der Landesverband Bayern von Pharma Deutschland.

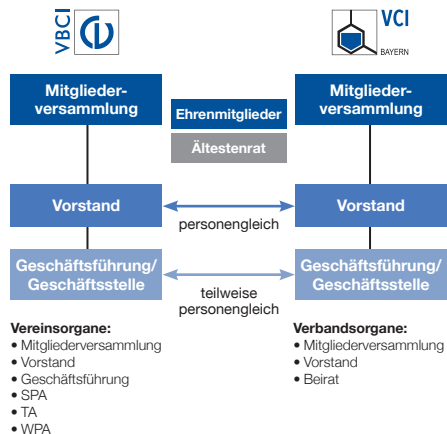
Verbandsorganisation

Die **Mitgliederversammlung** wählt die Vereins-/Verbandsorgane.

Der **Ältestenrat** (VBCI) berät den Vorstand und die Geschäftsführung.

Der **Vorstand** leitet den jeweiligen Verband und bestimmt die strategische Ausrichtung.

Die **Geschäftsführung/Geschäftsstelle** führt die operativen Geschäfte des jeweiligen Verbands im Rahmen des Mandats des Vorstands bzw. der Mitgliederversammlung.



Struktur der Gremien

Die Gremien dienen dem gegenseitigen Informationsaustausch zwischen Verband und Mitgliedschaft, der Positionierung der Branche sowie der Diskussion und Festlegung von Leitplanken für die Verbandsarbeit.

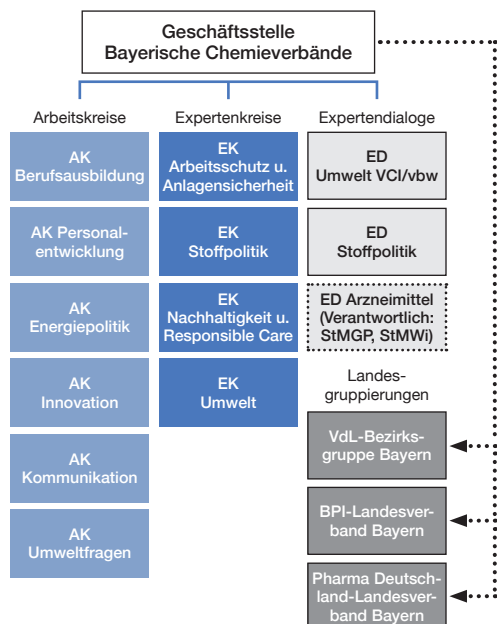
Die **gewählten Gremien** (SPA, TA, WPA, Beirat) nehmen in beratender Funktion Einfluss auf die grundsätzliche Ausrichtung der Verbandsarbeit in den jeweiligen Bereichen – hier steht der Input der Firmen an vorderster Stelle. WPA und Beirat tagen dabei immer gemeinsam.

In den **Arbeitskreisen** werden zu den jeweiligen Top-Themen der Branche die aktuellen Entwicklungen erörtert und die Branchenmeinungen hierzu erarbeitet.

Die **Expertenkreise** ermöglichen dazu auf fachspezifischer Ebene einen Austausch mit und zwischen Experten der Mitgliedsfirmen. Sowohl in den Arbeits- als auch den Expertenkreisen werden praxisrelevante Inhalte und Hilfestellungen vermittelt.

Expertendialoge sind branchenübergreifende, zum Teil extern organisierte und geleitete Dialogplattformen zwischen Vertretern der Industrie und der bayerischen Administration zur lösungsorientierten Erörterung von aktuellen Fachfragen und Vollzugsthemen.

Der VCI-LV vertritt auch die dem VCI angeschlossenen **Fachverbände**. Die Geschäftsführung/Geschäftsstelle führt dabei zudem die operativen Geschäfte der Landesorganisationen von Fachverbänden, die eigene Landesstrukturen besitzen.



Rolle der Gremien

Gewählte Gremien:

Sozial- und Personalpolitischer Ausschuss

Der SPA nimmt in **beratender Funktion** Einfluss auf die grundsätzliche Ausrichtung der Verbandsarbeit in Fragen der **Sozialpolitik**.

Tarifpolitischer Ausschuss

Der TA ist das **zentrale Gremium rund um die Tarifvertragsarbeit** im VBCI.

Wirtschaftspolitischer Ausschuss

Der WPA des VBCI **berät** Vorstand und Geschäftsführung in **wirtschaftspolitischen Themen**. Er tagt gemeinsam mit dem Beirat des VCI-LV.

Beirat

Der Beirat des VCI-LV berät Vorstand und Geschäftsführung in **wirtschaftspolitischen Themen**. Er tagt gemeinsam mit dem WPA des VBCI.

Arbeitskreise:

AK Berufsausbildung

Austausch zwischen Praktikern der Berufsausbildung zu aktuellen Entwicklungen in diesem Bereich (z. B. langfristige Nachwuchssicherung u.v.m.)

AK Energiepolitik

Austausch rund um eine **sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung** (u. a. energiepolitische Entwicklungen und Verbandspositionierung hierzu)

AK Kommunikation

Austausch zur **Optimierung der Kommunikationsarbeit** in der Branche (z. B. Kommunikation im Wandel, Krisenkommunikation, neue Medien, etc.)

AK Personalentwicklung

Praxisnaher **Austausch** zwischen Experten im Bereich **Personalentwicklung**

AK Innovation

Themen rund um das Innovationsmanagement und **Innovationsrahmenbedingungen** (z. B. Analyse externer und interner Innovationshemmnisse)

AK Umweltfragen /vbw Umweltausschuss

„Master-Gremium“ zu **Umweltthemen**, Zusammenkünfte und Vorsitz gemeinsam mit dem vbw-Umweltausschuss

Expertenkreise:

EK Arbeitsschutz und Anlagensicherheit

Forum zu Arbeitsschutz- und **sicherheitsrelevanten Themen** (u. a. Lessons-Learned-Austausch, Expertenforum ExSchutz, Neues im Arbeitsschutz, etc.)

EK Umwelt

Forum zum Austausch für **Umweltsachverständige/-beauftragte** (z. B. Anlagengenehmigung, Luftreinhaltung, Natur-, Wasser- und Bodenschutz, etc.)

EK Nachhaltigkeit und Responsible Care

Forum zu **nachhaltigkeitsrelevanten Themen** (u. a. Diskussion und **Umsetzung der Chemie³-Initiative** sowie des Responsible-Care-Konzepts, etc.)

EK Stoffpolitik

Forum zum Austausch für Spezialisten aus den Unternehmen zu **Stoffpolitik- und Gefahrstoffthemen** (u. a. REACH, CLP, Nanomaterialien, etc.)

Expertendialoge¹⁾:

ED Umwelt VCI/vbw

Dialogforum zw. Industrie und Umweltministerium auf Fachebene zu **Umweltfragen** (u. a. Rechtsentwicklung, „Trouble-Shooting“ bei Vollzugsproblemen, etc.)

ED Stoffpolitik

Dialogforum zw. Industrie und Umwelt- sowie Wirtschaftsministerium auf Fachebene zu **Stoffpolitik- und Gefahrstoff-**, ggf. auch **Arbeitsschutzthemen**

1) Der ED Arzneimittel ist ebenfalls ein Industrie-/Behörden-Dialogformat zu arzneimittelrechtlichen Fragen. Da die Ausrichtung aber den beteiligten Ministerien obliegt, ist dieser hier nicht separat aufgeführt.

Landesgruppierungen der VCI-Fachverbände:

VdL-Bezirksgruppe Bayern

BPI-Landesverband Bayern

Pharma Deutschland-Landesverband Bayern



U. a. branchenspezifischer (Informations-)Austausch zu relevanten wirtschaftspolitischen Themen, landesspezifischen Initiativen sowie zur Positionierung der Branche, insbesondere gegenüber der bayerischen Politik und Verwaltung.

Ehrenmitglieder (VBCI und VCI-LV)

Dr. Günter von Au, München
Dr. Hans Seidl, Grünwald

Prof. Dr. Wilhelm Simson, München
Prof. Dr. Rudolf Staudigl, Burghausen

Vorstand (VBCI und VCI-LV)

Dr. Christian Hartel, München (Vorsitzender)

Dr. Markus Born, München (ab Aug. 2024)
Albert Franz, Obernburg
Johannes Heckmann, Schwandorf
Dr. Andreas Hirschfelder, Fürth
Dr. Stefan Hölbfner, Burghausen
Dr. Mathias Kranz, Pullach (bis Juli 2024)

Andreas X. Müller, Pullach (ab Juli 2024)
Andreas Niedermaier, Trostberg (ab Juli 2024)
Dr. Wolfgang A. Schumann, Geretsried
Walter Vogg, Holzkirchen (bis Juli 2024)
Paul Wiggemann, Penzberg

Tarifpolitischer Ausschuss (VBCI)

Albert Franz, Obernburg (Vorsitzender)

Holger Amberg, Gersthofen
Dr. Markus Born, München (ab Aug. 2024)
Dr. Christian Hartel, München
Johannes Heckmann, Schwandorf
Dr. Andreas Hirschfelder, Fürth
Dr. Stefan Hölbfner, Burghausen
Klaus Kamhuber, Trostberg

Dr. Mathias Kranz, Pullach (bis Juli 2024)
Andreas X. Müller, Pullach (ab Juli 2024)
Andreas Niedermaier, Trostberg (ab Juli 2024)
Dr. Wolfgang A. Schumann, Geretsried
Walter Vogg, Holzkirchen (bis Juli 2024)
Paul Wiggemann, Penzberg

Sozial- und Personalpolitischer Ausschuss (VBCI)

Klaus Angermaier, Burghausen (Vorsitzender)

Michael Birzer, Schwandorf
Uwe Fritz, Burghausen
Franz von Galen, Unterschleißheim
Michael Grimbs, Pullach
André Hauer, Bad Berneck (bis März 2025)
Jochen Joa, München
Klaus Kamhuber, Trostberg
Hannes Kauper, Nürnberg
Annette Kunze, Peißenberg
Michael Lüth, Fürth

Dr. Maximilian Peter, München
Reinhard Pfiffner, Gersthofen
Christina Pliml, Burghausen
Eva-Maria Renner, Burghausen
Jasmin Riethmeier, Neustadt-Schwaig
Sven Spieler, Penzberg
Barbara Strasser, Obernburg
Philipp Wimmer, Burghausen
Julia Wonner, Gersthofen

Wirtschaftspolitischer Ausschuss (VBCI)

Holger Amberg, Gersthofen
Rolf J. Dürschmidt, Regensburg
Ed Hoozemans, Pullach
Dr. Johannes Huber, Obernburg
Dr. Christoph von Reden, Burghausen
Dr. Karl-Martin Schellerer, Ismaning

Dr. Thomas Schnell, München
Arne Schulle, Unterschleißheim
Raphael Siegle, Neu-Ulm
Dr. Steffen Wache, Trostberg
Steffen Wegner, Herrsching

Beirat (VCI-LV)

Holger Amberg, Gersthofen
 Berndt Fritzsche, Essenbach
 Markus Fritzsche, Essenbach
 Dr. Keke Hiller, Illertissen
 Manfred Hoffmann, Neuburg

Dr. Johannes Huber, Obernburg
 Dr. Christoph von Reden, Burgkirchen
 Dr. David Schmidtke, Bruckmühl
 Dr. Thomas Schnell, München

Ältestenrat (VBCI)

Prof. Dr. Wilhelm Simson, München (Vorsitzender)

Dr. Günter von Au, München
 Dr. Helmut Gruber, Burghausen
 Dr. Jürgen F. Kammer, München
 Peter Kurz, Fürth
 Dr. Friedrich Lambert, Obernburg
 Werner Sassenrath, Großkarolinenfeld

Dr. Hans Seidl, Grünwald
 Prof. Dr. Rudolf Staudigl, Burghausen
 Dr. Albert Thalhofer, Neusäß
 Dr. Peter Umfug, München
 Walter Vogg, Holzkirchen (ab Aug. 2024)

Arbeitskreise/Vorsitz (VBCI und VCI-LV)**Berufsausbildung**

Richard Stubenvoll, Burghausen

Energiepolitik

Albert Franz, Obernburg

Innovation

Dr. Jürgen Stebani, Kaufbeuren

Kommunikation

Dr. Cordula Weiß, München

Personalentwicklung

Christian Meyer, Burghausen

Umweltfragen

Dr. Peter von Zumbusch, Burghausen

Landesorganisationen der VCI-Fachverbände**Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V.**, Landesverband Bayern

Vorsitz: Oliver Kirst, München

Pharma Deutschland e.V., Landesverband Bayern

Vorsitz: Dr. Günter Auerbach, Bamberg

Verband der deutschen Lack- und Druckfarbenindustrie e.V., Bezirksgruppe Bayern

Vorsitz: Rolf J. Dürschmidt, Regensburg

Geschäftsstelle (VBCI und VCI-LV)

Hauptgeschäftsführer: Dr. Markus Born (ab Aug. 2024); Ass. jur. Walter Vogg (bis Juli 2024)

Geschäftsführer (VBCI):

Dr. Roland Appel (ab Aug. 2024)

Ass. jur. Stefan Mößner

Ass. jur. Peter Fürnthaler (ab Aug. 2024)

Referenten:

Ass. jur. Alexandra Bechstein

Ass. jur. Philipp Hausch

Franziska Kindlein (ab Nov. 2024)

Ass. jur. Andrea Klein

Ass. jur. Jana Kraus

Ass. jur. Safak Sari

Ass. jur. Kristina Schneider

Kwam Walton

Dr. Cordula Weiß

Geschäftsführer (VCI-LV):

Dr. Roland Appel (ab Aug. 2024)

Wirtschaftliche Lage

2024 war ein weiteres Jahr zum Vergessen: Stagnation auf historisch schlechtem Niveau!

2015 2016 2017 2018 2019 2020

2025: viel Unsicherheit, wenig Hoffnung auf Besserung.

Wirtschaftliche Lage

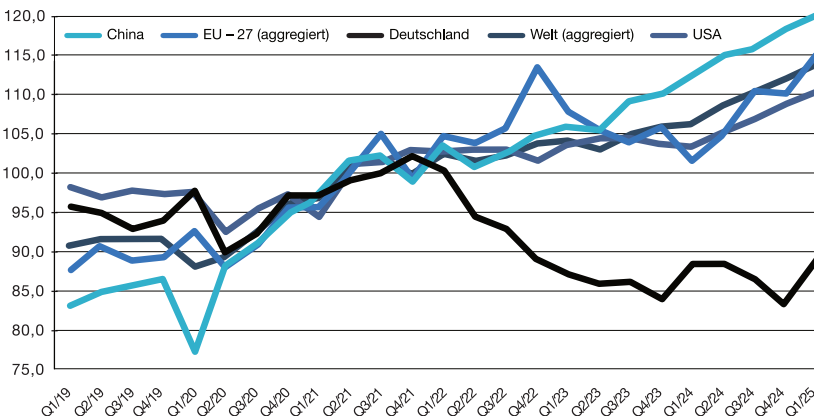
Mit zweistelligen Produktions- und Umsatzrückgängen in der Chemie hatte man bereits für 2023 ein historisch schlechtes Jahr für die Branche bilanziert. Die Zahlen für 2024 zeigen nun im Wesentlichen eine Stagnation auf diesem historisch schlechten Niveau. Die Produktion bei Chemie und Pharma hat sich zum Vorjahr nur leicht erholt (+ 1,0 %), der Branchenumsatz Chemie und Pharma sank sogar weiter um 1,3 %.

Auch die bayerischen Zahlen bestätigen diesen Trend: Hier erreichte die Chemieproduktion (ohne Pharma) ein Plus von 1,1 % – mit Pharma ein Minus von 0,2 %. Beim Umsatz lagen Chemie und Pharma in Bayern insgesamt um 3,7 % unter Vorjahresniveau.

» 2024 VERHARTEN CHEMIE & PHARMA AUF
HISTORISCH SCHLECHTEM NIVEAU –
DER STANDORT DEUTSCHLAND FÄLLT ZURÜCK.«

Nach den multiplen Krisen der vergangenen Jahre (Corona, Lieferketten, Ukraine-Krieg, Energiekrise) machten den Unternehmen eine weltweite Nachfrageflaute und vor allem strukturelle Standortschwächen zu schaffen. Noch zu Beginn 2024 gehegte Hoffnungen auf Erholung haben sich nicht erfüllt.

Produktionsindex Chemie und Pharma im Ländervergleich



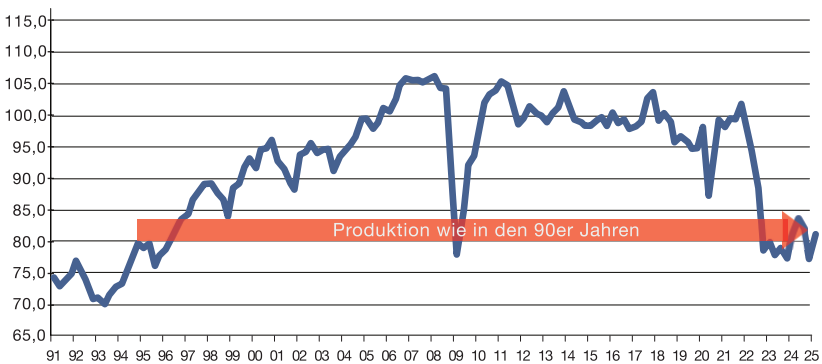
saison- und kalenderbereinigt 2021 = 100

Quelle: Chemdata International, Grafik Bayerische Chemieverbände

Der internationale Vergleich verdeutlicht hierbei die besonderen Herausforderungen für die chemische Industrie Deutschlands. Denn andere Regionen konnten durchaus Produktionszuwächse verzeichnen – der Standort Deutschland ist massiv ins Hintertreffen geraten.

Die erschreckende Bilanz: Mit Ausnahme der Pandemiezeit liegen wir mit der derzeitigen Chemieproduktion etwa auf dem Niveau der 90er Jahre.

Produktionsindex Chemie (ohne Pharma) in Deutschland



2021 = 100 kalender- und saisonbereinigt
Quelle: Chemdata, Grafik Bayerische Chemieverbände

Diesen Tiefpunkt gilt es, nun endlich hinter sich zu lassen. Viel Hoffnung und Erwartung liegt daher auf einer wirtschaftspolitischen Kurskorrektur, die sowohl von der neuen Bundesregierung als auch der EU-Kommission ausgehen und vollzogen werden muss. Der Fokus auf die eigene Wettbewerbsfähigkeit ist umso wichtiger, da mit den bestehenden geopolitischen Krisen und der mindestens erratischen Handelspolitik der Trump-II-Administration weitere Unsicherheiten bestehen.

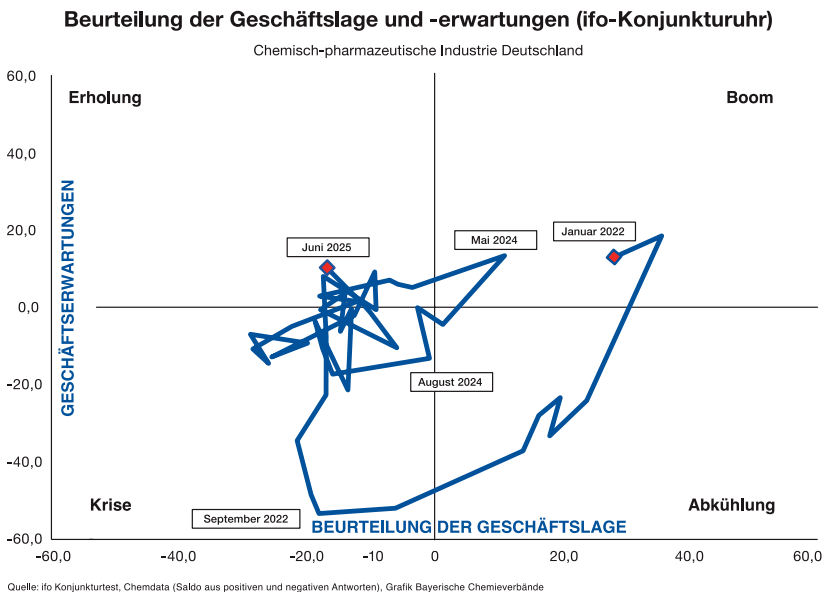
» DER AUSBLICK 2025 BLEIBT VERHALTEN – VIEL UNSICHERHEIT UND STAGNATION.«

Der Ausblick für 2025 bleibt daher auch verhalten – geringes oder kein BIP-Wachstum (bis hin zur Rezession), fehlende signifikante weltwirtschaft-

liche Impulse und fehlende Planungssicherheit, die beschriebenen geo- und handelspolitischen Turbulenzen sowie weiter sinkende Wettbewerbsfähigkeit des Standorts. Heißt in Summe: Es bleibt herausfordernd.

Trotz eines etwas besseren Jahresstarts hält der VCI für die Chemie- und Pharmabranche an seiner bisherigen Prognose für das Geschäftsjahr 2025 fest: Die Produktion dürfte in diesem Jahr erneut stagnieren und der Branchenumsatz leicht sinken.

Sollte der Zollkonflikt nicht weiter eskalieren und das Wachstumspaket der Bundesregierung rasch in die Umsetzung kommen, könnte sich die Perspektive aber auch bereits in diesem Jahr aufhellen. Die jüngsten Konjunkturprognosen deuten einen solchen Trend an, warnen allerdings vor den weiterhin hohen Herausforderungen und Risiken. Ein ähnliches Bild zeigen auch die ifo-Konjunkturdaten für die chemisch-pharmazeutische Industrie. Die Unternehmen hegen Hoffnungen bei den Geschäftserwartungen, beurteilen die aktuelle Lage aber verhalten. Von einer Trendwende kann allerdings noch keine Rede sein. Die Unsicherheiten bleiben groß.



STATISTISCHE VERGLEICHSAZAHLEN

	Chemisch-pharmazeutische Industrie			Verarbeitendes Gewerbe		
	2023	2024	%	2023	2024	%
Bayern						
Gesamtumsatz	22.072.958	21.265.804	-3,7	501.351.864	473.653.998	-5,5
darunter Ausland	13.721.679	13.402.548	-2,3	291.860.091	274.298.328	-6,0
Beschäftigte	65.305	66.098	1,2	1.321.410	1.312.782	-0,7
Bund						
Gesamtumsatz	225.498.882	222.672.645	-1,3	2.357.411.498	2.276.813.591	-3,4
darunter Ausland	139.975.895	138.569.164	-1,0	1.180.517.469	1.153.031.167	-2,3
Beschäftigte	479.542	480.061	0,1	6.277.401	6.215.663	-1,0

Bayern (Spartenergebnisse)						
	Umsatz		Auslandsumsatz		Beschäftigte	
	2023	2024	2023	2024	2023	2024
anorg. Grundstoffe und Chemikalien	637.396	668.130 4,8%	369.725	426.053 15,2%	2.352	2.531 7,6%
org. Grundstoffe und Chemikalien	2.069.236	2.068.608 0,0%	1.304.372	1.354.441 3,8%	3.855	3.686 -4,4%
Kunststoffe in Primärformen	5.365.778	5.046.777 -5,9%	3.709.313	3.510.486 -5,4%	13.439	14.278 6,2%
Anstrichmittel, Druckfarben und Kitte	1.529.976	1.584.615 3,6%	871.416	916.360 5,2%	6.871	6.938 1,0%
Seifen, Wasch- und Reinigungsmittel	1.434.719	1.292.553 -9,9%	753.107	697.417 -7,4%	3.121	3.002 -3,8%
Duftstoffe und Körperpflegemittel	1.028.206	1.033.190 0,5%	474.363	475.780 0,3%	4.508	4.679 3,8%
Chemiefasern	748.149	621.008 -17,0%	507.030	435.560 -14,1%	2.797	2.525 -9,7%
pharmazeutische Erzeugnisse ¹	4.546.453	4.551.695 0,1%	2.865.030	2.889.986 0,9%	8.994	9.270 3,1%
Sonstige	4.713.045	4.399.228 -6,7%	2.867.323	2.696.465 -6,0%	19.368	19.189 -0,9%

Nach Wirtschaftsklassen, Umsätze in 1.000 Euro
Beschäftigte jeweils zum 30.09.

Quellen: Statistisches Landesamt Bayern, Statistisches Bundesamt, Chemdata, eigene Berechnungen

¹ Aufgrund ihrer starken Handelstätigkeit sind viele große Pharmazeutische Unternehmen als Großhandelsunternehmen klassifiziert, der Umsatz dieser Unternehmen wird daher nicht im Wirtschaftszweig 21 „Pharmazeutische Erzeugnisse“ erfasst. Eine umfassendere Betrachtung kann über einen güter- und betriebsbezogenen Ansatz erfolgen – siehe Seite 46.

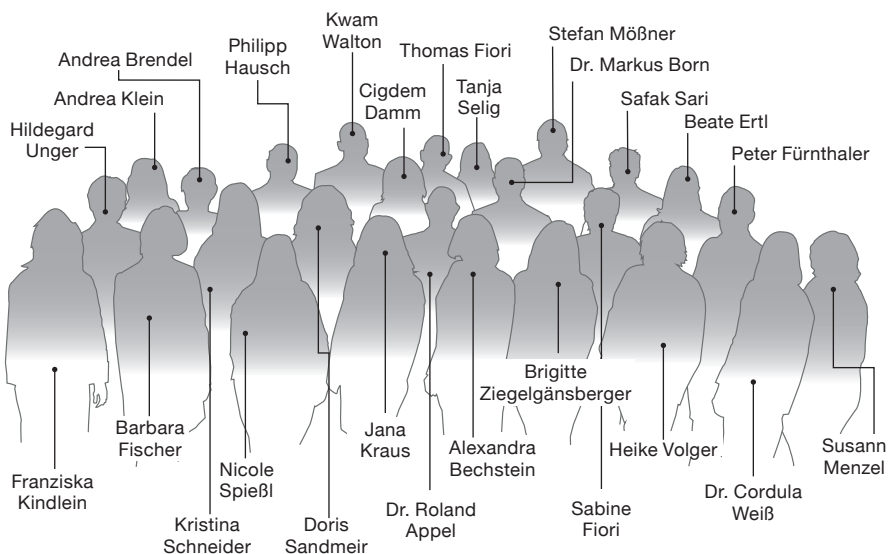
**Ausgewählte Brutto-Produktionswerte (Bayern) in 1.000 Euro und
%-Anteil am Brutto-Produktionswert der Bundesrepublik Deutschland**

Melde-Nr.	Chemische Erzeugnisse	2021	2022	2023	2024	%
2012	Farbstoffe und Pigmente	152.943	148.793	149.473	156.307	4,3
2013	Sonstige anorganische Grundstoffe und Chemikalien	1.661.413	2.475.717	1.917.695	1.621.288	17,4
2014	Sonstige organische Grundstoffe und Chemikalien	1.563.451	1.887.943	1.725.180	1.786.328	7,5
2015	Düngemittel und Stickstoffverbindungen	56.514	52.072	38.825	53.146	1,3
2016	Kunststoffe in Primärformen	5.281.159	5.152.975	4.052.576	4.178.632	16,0
2020	Schädlingsbekämpfungs-, Pflanzenschutz- und Desinfektionsmittel	78.696	85.786	57.642	57.245	1,9
2030	Anstrichmittel, Druckfarben und Kitte	1.324.359	1.346.397	1.534.180	1.554.938	16,2
2041	Seifen, Wasch-, Reinigungs- und Poliermittel	900.647	1.020.891	905.065	837.518	13,9
2042	Duftstoffe und Körperpflegemittel	773.555	829.652	890.796	817.233	15,3
2052	Klebstoffe	350.055	382.202	344.855	351.916	17,1
2053	Etherische Öle	191.513	218.958	208.890	228.299	8,3
2059	Sonst. chemische Erzeugnisse	2.941.915	3.213.090	2.817.995	2.751.012	13,9
2060	Chemiefasern	612.851	756.785	576.004	501.587	34,3
2090	Veredlung von Erzeugnissen der chemischen Industrie	165.148	244.747	197.455	193.159	7,7
20	Chemische Erzeugnisse	15.639.607	17.394.372	15.053.307	14.683.325	12,0
2110	Pharmazeutische Grundstoffe u. ä. Erzeugnisse	164.195	145.295	131.496	133.411	2,9
2120	Pharmazeutische Spezialitäten u. sonst. pharmazeutische Erzeugnisse	2.248.343	2.805.450	3.621.877	3.526.230	11,0
21¹	Pharmazeutische u. ä. Erzeugnisse¹	2.412.538	2.950.745	3.753.373	3.659.641	9,8
20+21	Chemische und pharmazeutische Industrie	18.052.145	20.345.117	18.806.680	18.342.966	11,5

Quellen: Statistisches Landesamt Bayern, Statistisches Bundesamt und Chemdata

¹ Aufgrund ihrer starken Handelstätigkeit sind viele große pharmazeutische Unternehmen als Großhandelsunternehmen klassifiziert, der Bruttoproduktionswert dieser Unternehmen wird daher nicht im Wirtschaftszweig 21 „Pharmazeutische Erzeugnisse“ erfasst. Eine umfassendere Betrachtung kann über einen güter- und betriebsbezogenen Ansatz erfolgen – siehe Seite 46.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verbände



Bayerische Chemieverbände:

Verein der Bayerischen Chemischen Industrie e.V. (VBCI)

Verband der Chemischen Industrie e.V.,

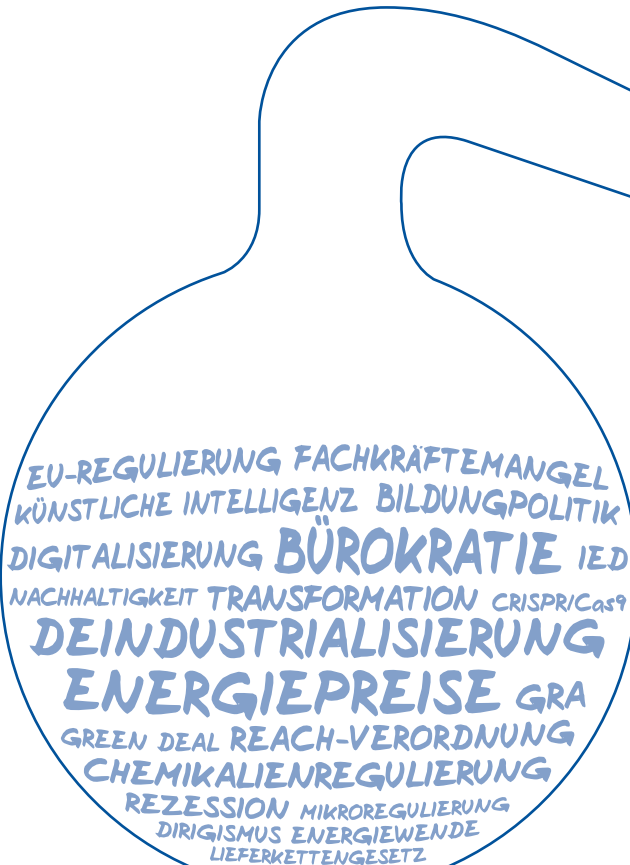
Landesverband Bayern (VCI-LV Bayern)

Innstraße 15, 81679 München

Telefon: 089-92691-0

E-Mail: vbci@vbci.de, vci@lv-bayern.vci.de

www.bayerische-chemieverbaende.de



EU-REGULIERUNG FACHKRÄFTEMANGEL
KÜNSTLICHE INTELLIGENZ BILDUNGSPOLITIK
DIGITALISIERUNG BÜROKRATIE IED
NACHHALTIGKEIT TRANSFORMATION CRISPR/Cas9
DEINDUSTRIALISIERUNG
ENERGIEPREISE GRA
GREEN DEAL REACH-VERORDNUNG
CHEMIKALIENREGULIERUNG
REZESSION MIKROREGULIERUNG
DIRIGISMUS ENERGIEWENDE
LIEFERKETTENGESETZ